

Freie
Demokraten

FDP

**Sagen Sie nicht,
dass hier nichts
besser geht.**

Weil Bonn.

Inhaltsverzeichnis

Unsere Kandidaten für den Stadtrat	2
Unsere Abgeordneten in Land und Bund	4
Präambel	7

Für ein funktionierendes Bonn

11

Finanzen	12
Städtische Gebäude	16
Verkehr	19
Schule	27
Bürgerschaftliches Engagement	36
Sicherheit	39

Für ein l(i)ebenswertes Bonn

41

Soziales & Gesundheit	42
Sport	47
Kultur	52
Kinder, Jugend und Familie	60
Integration	65
Umwelt	69

Für ein zukunftsfähiges Bonn

75

Stadtplanung, Bauen und Wohnen	76
Digitalisierung und Verwaltung	81
Internationale Stadt Bonn	84
Wissenschaft	86
Wirtschaft	91
Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis	100

Index	102
-------------	-----

#teambonn

Unsere Kandidaten für den Stadtrat



Alle Kandidaten unter:
wahl.fdp-bonn.de



#1

Werner Hümmrich

Direktor bei der Sparkasse, 59 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Finanzen** & **Wirtschaft**

Kontakt: w.huemmrich@fdp-bonn.de



#2

Petra Nöhring

Diplom-Volkswirtin, 52 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Soziales und Gesundheit** & **Sicherheit**

Kontakt: p.noehring@fdp-bonn.de



#3

Achim Schröder

Jurist, 48 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Kinder, Jugend und Familie** & **Wirtschaft**

Kontakt: a.schroeder@fdp-bonn.de



#4

Florian Bräuer

Teamleiter Vertriebssteuerung, 30 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Sport** & **Städtische Gebäude**

Kontakt: f.braeuer@fdp-bonn.de



#5

Frank Thomas

Diplom-Verwaltungswirt (FH), 46 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Verkehr** & **Stadtplanung, Bauen & Wohnen**

Kontakt: f.thomas@fdp-bonn.de



#6

Susanne Heinrichs

Studentin, 24 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Sport** & **Umwelt**

Kontakt: s.heinrichs@fdp-bonn.de



#7

Bernd Fesel

Unternehmer, 58 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Kultur**, **Digitalisierung & Verwaltung** &

Kontakt: b.fesel@fdp-bonn.de **Zusammenarbeit Rhein/Sieg-Kreis**



#8

Felicity Steglich

Studentin, 22 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Schule** & **Bürgerschaftliches Engagement**

Kontakt: f.steglich@fdp-bonn.de



#9

Tekin Celiköz

Leitender Angestellter, 45 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Integration** & **Schule**

Kontakt: t.celikoez@fdp-bonn.de



#10

Michael To Vinh

Biochemiker, 32 Jahre alt

Themenschwerpunkte: **Wissenschaft** & **Internationale Stadt**

Kontakt: m.tovinh@fdp-bonn.de

Präambel

Seit der letzten Kommunalwahl in 2014 sind sechs Jahre vergangen. Eine ungewöhnlich lange Zeitspanne, in der Bonn eine bemerkenswerte Entwicklung genommen hat. In vielen Bereichen steht Bonn wesentlich besser da als zu erwarten war. Manches hat aber auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern Unverständnis und Kopfschütteln ausgelöst.

Bonn wächst. Die Arbeitsmarktlage ist wie auch im umgebenden Rhein-Sieg-Kreis ausgezeichnet. Bonn wird als lebens- und liebenswerte Stadt wahrgenommen. Die offene Mentalität und die Gastfreundschaft machen Bonn zum idealen Standort international geprägter Unternehmen. Wir wollen diese Stärken unserer Stadt mit allen Bürgerinnen und Bürgern weiter pflegen und fördern, denn **Bonn – Das sind wir alle**.

Touristisch genießt Bonn nicht zuletzt durch Ludwig van Beethoven weltweit große Beachtung. Der Reiseführer „Lonely Planet“ wählte Bonn kürzlich auf Platz 5 der weltweit besten Reiseziele. Dazu beigetragen hat vor allem das Beethovenjahr 2020, in dem der 250. Geburtstag von Ludwig van Beethoven gefeiert wird. Aber auch das gerade für asiatische Touristen außerordentlich populäre Kirschblütenfest und die romantische Lage am Rhein machen Bonn zu einer dauerhaft attraktiven Destination.

Bonn hat internationale Kompetenz, durch die hier seit 1951 ansässigen Vereinten Nationen mit dem seit 1996 eingerichteten Weltklimasekretariat, die international tätigen Unternehmen sowie die zahlreichen Institutionen der Wissenschaft und Kultur. Als UN-Stadt hat sich Bonn zunehmend etabliert. Weitere UN-Behörden konnten in den vergangenen Jahren angesiedelt werden. Die Weltklimakonferenz 2017 hat Bonns Ansehen als internationaler Tagungsort deutlich gesteigert.

Keine Institution prägt das Bonner Stadtbild so sehr wie die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Es gelang ihr, sechs Exzellenzcluster einzuwerben, mehr als jeder anderen Universität in Deutschland. Außerdem ist die Universität Bonn im letzten Jahr zur Exzellenzuniversität ausgezeichnet worden. Auch das Universitätsklinikum Bonn strahlt mit seinen weltweit anerkannten Spezialisten unterschiedlichster medizinischer Disziplinen und hervorragender Forschung und Lehre weit über die Grenzen Bonns hinaus.

Nur wenige deutsche Städte von der Größe Bonns können ein so lebendiges und vielfältiges Kulturangebot präsentieren. Eine überaus reiche Museumslandschaft, die Oper, das Schauspiel, das Beethoven Orchester Bonn und eine Vielzahl kleinerer Kulturträger machen Bonn zu einem führenden Kulturstandort.

Bonn hat bewiesen, dass es Zukunft hat. Vor dem Hintergrund einer äußerst angespannten Finanzlage ist es gelungen, Bonn durch solide und verantwortungsvolle Haushaltspolitik weiterhin handlungsfähig zu halten. Wegen des Sanierungsstaus bei vielen öffentlichen Einrichtungen und des Wegzugs mehrerer wichtiger Großunternehmen sind hier aber auch zukünftig große Herausforderungen zu bewältigen.

Kaum ein Thema hat in den letzten Jahren so viele Schlagzeilen gemacht wie die zeitlichen Verzögerungen und die Kostenexplosion bei der **Sanierung der Beethovenhalle**. Relativ schnell hatte man sich von dem Ziel verabschiedet, das diesjährige Beethovenjubiläum in der modernisierten Konzerthalle feiern zu können. Der Zeitplan wird wohl um mindestens vier Jahre überschritten werden und die Kosten haben sich bereits mehr als verdoppelt. Angesichts des Sanierungsstaus anderer wichtiger öffentlicher Gebäude (Stadthaus, Oper, Schauspiel und Stadthalle Bad Godesberg) darf sich ein solches Desaster nicht wiederholen. Aus den Planungsfehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen werden.

Die **Verkehrssituation in Bonn** ist durch die weiter steigenden Pendlerzahlen stark belastet. Die bevorstehende Sanierung der Nordbrücke und der

Neubau des Tausendfüßlers werden die Probleme noch weiter vergrößern. Mit kleineren Maßnahmen wie zum Beispiel in der Kaiserstraße werden keine nachhaltigen Lösungen zu erzielen sein.

Jede Bonnerin und jeder Bonner hat einen Anspruch auf eine **funktionierende Stadtverwaltung**. Wartezeiten von mehreren Monaten im Bürgeramt sind nicht zumutbar. Es ist nicht verständlich, warum es hingegen in kleineren Kommunen wie zum Beispiel im umliegenden Rhein-Sieg-Kreis möglich ist, ohne Wartezeiten und ohne vorherige Terminvereinbarung einfache Bürgerdienste in Anspruch nehmen zu können. Bürgernähe und eine deutliche Beschleunigung solcher grundlegender Verwaltungsprozesse im Zeitalter der Digitalisierung sind zwei unserer zentralen Forderungen. **Bonn muss funktionieren!**

Liberalen Leitlinien, mit denen wir unsere Politik gestalten wollen, sind die Selbstbestimmung des Individuums und die Möglichkeit der Teilhabe an allen Chancen, die unsere Gesellschaft bietet. Dafür brauchen wir bezahlbaren Wohnraum, aber auch Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen auf einem modernen Stand. **Bonn muss für alle da sein!**

Bonn wächst und wird weiter wachsen, solange die Weichen in den wichtigen Bereichen Stadtplanung und Digitalisierung gestellt und die Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Wirtschaft optimiert werden. Unabdingbar ist dafür die enge Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis.

Bonn begreift sich zunehmend als internationale Stadt. Diese Internationalität durchdringt alle Bereiche des städtischen Lebens und ist für uns sowohl Basis für hohe Lebensqualität als auch Garant für zukunftsweisende Weiterentwicklung. „Global denken, lokal handeln“ gilt nicht nur für den Klimaschutz.

Dann wird Bonn Zukunft haben!

Verbote sind für uns nicht das Mittel erster Wahl, Menschen zu einem anderen Verhalten zu bewegen. Wir setzen vielmehr auf die Einsicht mündiger und

verantwortungsvoller Bürgerinnen und Bürger. Eine Politik, die Anreize zu einer Veränderung von Gewohnheiten setzt, ist intelligenter als das plumpe Erlassen von Vorschriften.

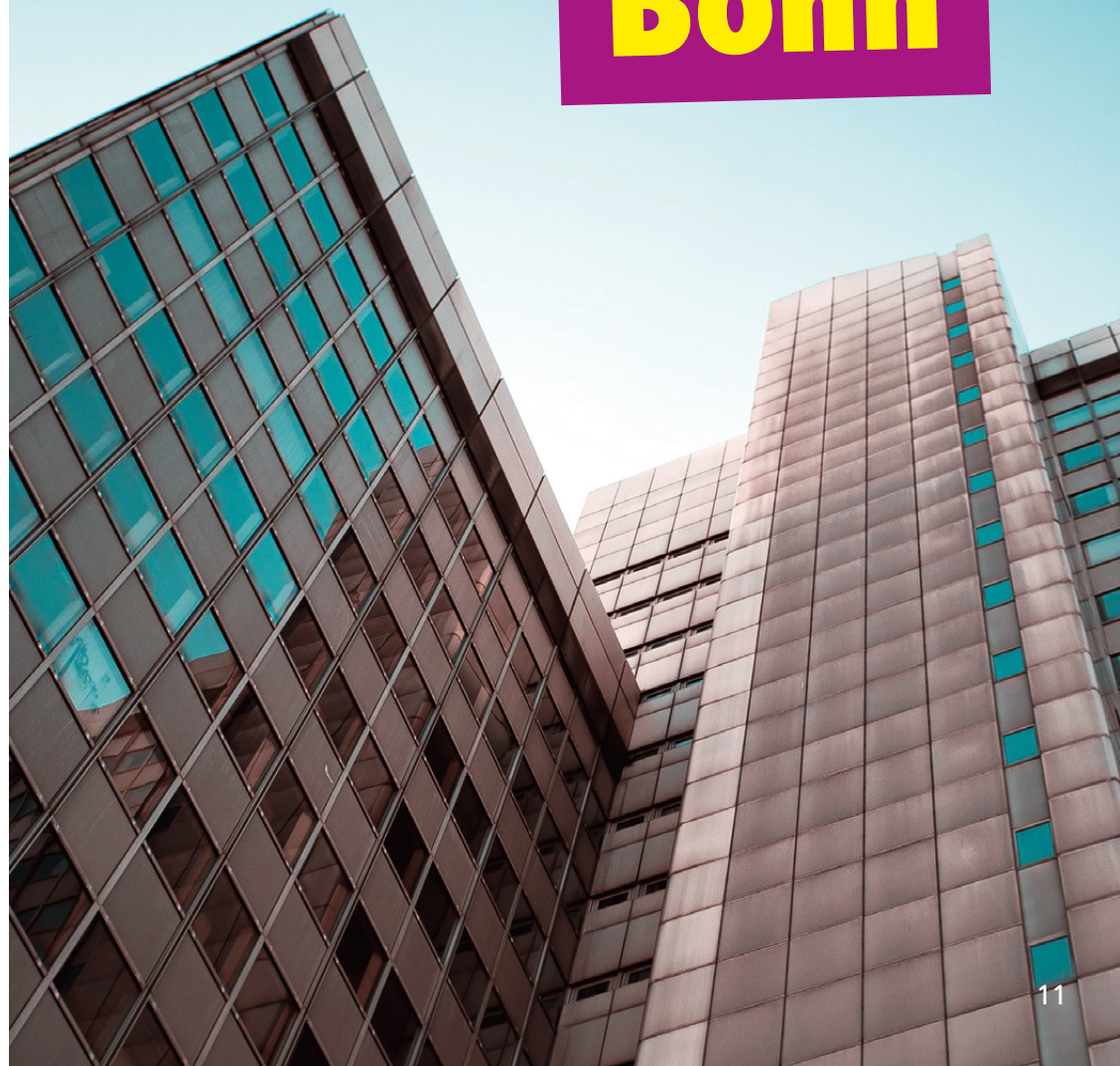
Die Zukunft unserer Stadt gestalten wir nur zusammen erfolgreich. Wir wollen zusammen mit den Bonner Bürgerinnen und Bürgern in einer Zukunftswerkstatt die Vision für die Weiterentwicklung unserer Stadt erarbeiten. Dabei sollten wir Bonns Stärken systematisch ausbauen, aber auch Lösungen für bisher vernachlässigte Bereiche entwickeln.

Durch die Corona-Pandemie können wir den Ausgleich des Haushalts nicht mehr aus eigener Kraft stemmen. Wir sind auf die Hilfe insbesondere des Landes, aber auch des Bundes angewiesen. Wir selbst müssen im Rahmen unserer Möglichkeiten alles tun, um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen der Krise zu überwinden. Mit anderen Worten: Wir brauchen eine Neujustierung der politischen Prioritäten. Wir brauchen eine neue Dynamik, mit der technologische und klimafreundliche Wachstumspotenziale der Stadt Bonn freigesetzt werden. Die Bereiche Bildung sowie Forschung und Entwicklung bedürfen des verstärkten Einsatzes, um die Stadt zukunftsfähig zu machen. Politik und Verwaltung müssen daran arbeiten, das Vertrauen von Industrie und Handel wiederzugewinnen.

Die Corona-Krise hat nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, wie wichtig Freiheitsrechte in unserer Gesellschaft sind. Sie hat aber auch bewiesen, dass die Bonner Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, verantwortungsvoll zu handeln. Sonst wären Deutschland, Nordrhein-Westfalen und Bonn nicht so glimpflich davongekommen. Also...

**...lasst uns
mehr Freiheit
wagen!**

Für ein funktionierendes Bonn



Eine Stadt, die rechnen kann. Finanzen.

Ihr Ansprechpartner:



Werner Hümmrich
w.huemmrich@fdp-bonn.de

Die Finanzsituation der Kommunen in Deutschland ist sehr angespannt. Das gilt insbesondere auch für die Stadt Bonn. Die Corona-Krise hat die finanzielle Lage aufgrund großer Einnahmeverluste und zusätzlicher Ausgaben noch einmal verschärft. Gleichzeitig besteht ein großer Sanierungsstau bei den öffentlichen Gebäuden, dessen Beseitigung in den nächsten Jahren hohe Ausgaben erfordern wird.

Die schwarze Null muss stehen

Um nicht durch die Bezirksregierung in ihren Handlungsspielräumen deutlich eingeschränkt zu werden, wird die Stadt Bonn auch in Zukunft ausgeglichene Haushaltspläne vorlegen müssen. Dies ist eine schwierige Aufgabe, bei der kluge und rationale Entscheidungen besonders wichtig sind, die auf stabilen Grundlagen und aktuellen Erkenntnissen basieren. Eine solide Finanzpolitik ist für die Freien Demokraten unabdingbar. Nur wenn zuvor seriös kalkuliert und vernünftig priorisiert wurde, werden wir größeren Vorhaben zustimmen.

Die Freien Demokraten bekennen sich klar zu einem Haushalt der „Schwarzen Null“, bei dem nur das ausgegeben werden kann, was vorher auch erwirtschaftet wurde. Diese konservative Ausrichtung ist nicht nur wirtschaftlich geboten, sondern auch verantwortungsvoll gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen eine generationengerechte Finanzwirtschaft der Stadt. Dazu gehört auch das Zurückführen von Verbindlichkeiten, damit nachfolgende Generationen nicht mit Schulden belastet werden, die ihnen eigene Gestaltungsmöglichkeiten nehmen würden.

Kassenkredite dürfen nicht zum dauerhaften und wachsenden Finanzierungsinstrument werden und müssen deutlich zurückgeführt werden.

Personalkosten reduzieren

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen der Stadt Bonn wollen wir senken und an den Durchschnitt der nordrhein-westfälischen Gemeinden – die diesbezüglichen Aufwendungen umgerechnet auf einen Betrag je Einwohner – annähern. Eine Externalisierung der Personalausgaben und damit eine Verschiebung in den Sachkostenetat ist auszuschließen.

Investition vor Konsum

Investieren wollen wir vor allem da, wo sich Zukunftsperspektiven für Bonn und seine Bürgerinnen und Bürger eröffnen. Wir wollen deshalb investive Ausgaben steigern und konsumtive Ausgaben nach Möglichkeit senken.

Darüber hinaus sollten Budgets, die am Ende des Haushaltszeitraums nicht abgerufen worden sind, zur Schuldentilgung verwendet und nicht anderweitig verbraucht werden. Wir wollen uns vor allem dafür einsetzen, dass die Effektivität eingesetzter Mittel jederzeit ermittelt werden kann.

Grundvoraussetzung hierfür ist ein funktionierendes Controlling. Wir werden auch auf die Einhaltung des sogenannten Konnexitätsprinzips bestehen: wer eine Aufgabe an einen anderen überträgt, muss dafür auch die Kosten tragen.



Finanzielle Entlastungen, soweit sie möglich sind

Als Freie Demokraten wissen wir, woher das Geld kommt, das wir investieren wollen. Unsere Verantwortung gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gebietet es, damit vernünftig umzugehen. Wir wollen die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Bonn möglichst gering halten.

Sobald es die städtische Haushaltslage wieder zulässt, wollen wir finanzielle Entlastungen vornehmen. Wir werden die aktuelle Höhe der Grundsteuer B überprüfen und wenn möglich senken. Eine Verringerung kommt allen zu Gute. Sie würde zu niedrigeren Nebenkosten führen und so auch die Mieter entlasten. Die Freien Demokraten werden darauf achten, dass die Umsetzung der geplanten Grundsteuerreform nicht zur Kostenfalle für die Bürgerinnen und Bürger wird. Sie darf nicht zu einer Mehrbelastung der Betroffenen führen.

Mehrere Unternehmen, die wichtige Zahler von Gewerbesteuer waren, haben in den letzten Jahren Bonn verlassen. Um die Attraktivität des Standorts Bonn zu erhöhen, wäre eine Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes ein wichtiger Schritt hin zu einer vermehrten Ansiedlung von Unternehmen. Auch eine für die Kommunen aufkommensneutrale Gemeindesteuerreform würde die Wirtschaft stärken.

Einsparpotenziale

Die Freien Demokraten wollen Unternehmensbeteiligungen und Mitgliedschaften der Stadt kritisch hinterfragen:

- Beteiligungen an Unternehmen sollen entweder strategisch gerechtfertigt sein, Einnahmen generieren oder einen angemessenen Deckungsbeitrag erwirtschaften.
- Städtische Einrichtungen – Unternehmen wie die Kernverwaltung – müssen solide wirtschaften, damit es nicht zu unangemessenen Steuer- und Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger kommt.
- Die Mitgliedschaften der Stadt Bonn müssen auf ihre Sinnhaftigkeit hin überprüft werden. Sinnvoll sind sie zum Beispiel dann, wenn nach einer gemeinsamen Beantragung Fördermittel abgerufen werden können, die der Stadt Bonn sonst nicht zur Verfügung stünden. Das gilt auch für die gemeinsame Gewinnung von Sponsoren.

Die Bonner Freien Demokraten streben eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit der Stadt Bonn mit dem Rhein-Sieg-Kreis zu beiderseitigem Nutzen an. So sollen Wohn- und Gewerbegebiete über die Stadtgrenzen hinaus gemeinsam entwickelt werden, mit einer fairen Aufteilung der Lasten und Erträge. Des Weiteren muss mit den Umlandgemeinden auch über eine angemessene Kostenbeteiligung an der von ihnen genutzten Infrastruktur der Bundesstadt Bonn gesprochen werden.

Die Stadt

in Schuss halten.

Städtische Gebäude.

Ihr Ansprechpartner:



Florian Bräuer

f.braeuer@fdp-bonn.de

In Bonn wird momentan so viel gebaut und entwickelt wie seit vielen Jahren nicht mehr. Öffentliche Bau- und Sanierungsvorhaben wie die Beethovenhalle, die Stadthalle Bad Godesberg, die Oper, das Stadthaus und auch die vielen Bauprojekte rund um Kitas und Schulen beschäftigen Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen. In den letzten Jahrzehnten hat sich zusätzlich ein großer Sanierungsbedarf bei vielen öffentlichen Gebäuden aufgestaut, den es zügig, effizient und kostensensibel abuarbeiten gilt. Der Schlüssel dazu ist ein schnelleres und verlässlicheres Städtisches Gebäudemanagement Bonn (SGB), das die Interessen der Bonner Bürgerinnen und Bürger stets im Auge behält.

Städtisches Gebäudemanagement neu aufstellen

Das SGB ist für den Bau und die Unterhaltung von städtischen Liegenschaften und Gebäuden zuständig. Seit 2004 ist es eine organisatorisch und wirtschaftlich eigenständige kommunale Einrichtung. Organisatorische Änderungen würden zu Reibungsverlusten und unnötigen Konflikten führen, die die Erledigung der städtischen Bauaufgaben noch schwieriger machen würden.

Daher halten wir an der jetzigen Rechtsform fest und lehnen Änderungen an der Betriebsform ab.

Das SGB ist bei kleineren Bauvorhaben und der Unterhaltung der städtischen Gebäude erfolgreich. Bei der Planung und der Renovierung oder dem Bau von größeren Objekten können aber häufig die Zeit- und Kostenpläne nicht eingehalten werden. Ein besonders krasser Fall ist die Sanierung der Beethovenhalle. Wir fordern als ersten Schritt eine transparente Offenlegung der Fehler und Fehleinschätzungen, zu denen es bei dieser Sanierung gekommen ist, und eine klare Identifizierung der notwendigen Korrekturen. Das SGB soll daraus Verbesserungen ableiten, um für künftige Sanierungen, Revitalisierungen oder Neubauten bestmöglich gerüstet zu sein. Dafür kann auch der Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems hilfreich sein.

Für Neubauten und Komplett-sanierungen muss der Grundsatz „Erst planen, dann bauen“ konsequent beachtet werden. Auch ein verbindliches Nutzungskonzept muss vor der Planung erstellt und beschlossen werden. Erst nach Abschluss einer vollständigen Ausführungsplanung ist die Bauleistung auszuschreiben. In der Vergangenheit war bei komplexeren Bauvorhaben wiederholt festgestellt worden, dass eine „baubegleitende Planung“ Kosten und Bauzeit deutlich erhöht hatte. Eine Sanierung größerer und komplexer Baulichkeiten kann nur in Frage kommen, wenn sichergestellt ist, dass das sanierte Gebäude hinsichtlich seiner Nutzungsmöglichkeiten, Energieeffizienz und Unterhaltungskosten gleichwertig mit einem Neubau ist. Wir fordern deshalb ein effizienteres und zielgerichteteres Controlling, zum Beispiel durch Baukosten-Controller (quantity surveyors) bei allen Neubauten und Sanierungen.

Bereits 2015 wurde von Seiten der Politik eine Organisationsuntersuchung des SGB angestoßen, deren Ergebnisse im Mai 2018 vorgelegt und teilweise umgesetzt worden sind. Wir werden uns für die weitere konsequente Abarbeitung der in der Organisationsuntersuchung aufgedeckten Schwächen einsetzen. Sinnvolle Änderungen der Organisationsstruktur sind umzusetzen. Insbesondere müssen zentrale Bereiche im SGB aufgebaut werden, die Know-

how im Vergabe- und Baurecht bündeln. Nur so kann das SGB künftig auf Augenhöhe mit Partnern und Auftragnehmern zusammenarbeiten.

Sanierung und Unterhaltung städtischer Gebäude

In Bonn besteht ein sehr großer Bedarf bei der Erstellung und Unterhaltung von öffentlichen Gebäuden, namentlich bei Schulen, Kindertagesstätten und Sportanlagen. Dieser muss in den nächsten Jahren zeitnah abgearbeitet und erfüllt werden. An erster Stelle steht dabei für uns die schnelle Umsetzung der Programme und Planungen zur Sanierung der Sanitäranlagen in den Schulen. Diese sind vom SGB mit höchster Priorität durchzuführen.

Um den Sanierungsstau schnellstmöglich abzubauen, muss im Einzelfall geprüft und entschieden werden, ob die Vergabe von Maßnahmen an externe Büros, Generalübernehmer und andere Dienstleister zielführend ist. Angebote für ein standardisiertes Bauen in Systemen müssen verstärkt genutzt werden. Die Digitalisierung ermöglicht dabei erhebliche gestalterische Möglichkeiten im seriellen Bau bei gleichzeitiger Realisierung erheblicher Kostenvorteile. Der Fertigteilbau, insbesondere der Holzfertigteilbau, bietet neben seinen ökologischen Vorzügen große Potenziale für Zeiteinsparungen und Kosteneinhaltung. Für den Neubau von Turnhallen sollte dazu ein Pilotprojekt aufgesetzt werden.

Ökologische Begleitmaßnahmen bei öffentlichen Bauvorhaben sind für uns aus klimapolitischer Sicht zwingend notwendig. Wir fordern deshalb, dass bei städtischen Baumaßnahmen regelmäßig geprüft wird, ob

- Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern oder Außenwänden angebracht,
- Dach- und Seitenwände begrünt und
- eine Ausstattung mit Bepflanzungskästen oder Hochgärten erfolgen können.

Die Reinigung städtischer Gebäude durch externe Firmen hat sich als die wirtschaftlichste Lösung erwiesen. Dafür müssen die Reinigungsleistungen treffsicher beschrieben und überwacht werden. Für die Erfüllung dieser Aufgabe fordern wir mehr Fachkompetenzen für die jeweiligen Hausmeister und Vertragskompetenzen für die jeweiligen Hausmeisterdienste.

Eine Stadt

im Aufbruch

darf nicht

im Stau stehen.

Verkehr.

Ihr Ansprechpartner:



Frank Thomas

f.thomas@fdp-bonn.de

Die Rahmenbedingungen für den Verkehr in Bonn sind eine Herausforderung. Das ist unter anderem bedingt durch die geographische Lage der Stadt, die klimatische Situation durch den Talkessel, eine Knappheit an Flächen und erhebliche Ströme von Ein-, Aus- und Binnenpendlern. Die Suche nach innovativen Lösungen für die Mobilität ist daher von großer Bedeutung. Experimente und der Start von Pilotprojekten in Bonn, wie zum Beispiel zur Auswirkung der verstärkten Nutzung des Home Office auf Angebote für Pendler, sind dazu unumgänglich. Wir wollen eine Orientierung an liberalen Werten und mehr Kreativität in der Bonner Mobilitätspolitik durchsetzen.

Grundsatz für die Freien Demokraten ist die friedliche Koexistenz der verschiedenen Verkehrsträger motorisierter Individualverkehr, öffentlicher

Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Fußgänger, ohne dabei einen Verkehrsträger zu bevorzugen. Wir wollen ihre Verknüpfung fördern, sodass Menschen nach Bedarf die für sie sinnvollsten und effektivsten Verkehrsträger kombinieren können. Wir sind offen für neue Ideen im Verkehr. Dazu gehören eine Seilbahn zum Venusberg, Wasserbusse auf dem Rhein, umweltfreundliche mit Wasserstoff betriebene Brennstoff-Züge (Hydrails) und das autonome Fahren. Geltende Gesetze oder Strukturen sorgen für Verkehrssicherheit, dürfen aber dem Einfallsreichtum keine unnötigen Grenzen setzen. Von der Geschäftsführung der Stadtwerke erwarten wir eine spürbare Verbesserung der Personalsituation bei den Fahrerinnen und Fahrern, bei der Fahrzeugdisposition und in der gesamten Betriebsführung. Nur so können wir in Stadtpolitik und Stadtgesellschaft einen Konsens finden, wie viel Geld in Zukunft für den öffentlichen Nahverkehr bereitgestellt werden soll und muss.

Der von der Stadt erarbeitete Verkehrsentwicklungsplan 2020 will den in der Stadt fließenden Verkehr umweltverträglicher und nachhaltiger gestalten. Die Bonner Freien Demokraten möchten, dass dieses Handlungskonzept fortentwickelt und regelmäßig aktualisiert wird. Für die Umsetzung des Konzepts ist ein Sonderbeauftragter für Mobilität zu bestellen. Hierbei soll auch externe Expertise zur Entwicklung eines intelligenten Mobilitätssystems eingebunden werden.

Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) stärken

Wir brauchen einen leistungsfähigen und attraktiven öffentlichen Nahverkehr. Er muss durch sinnvolle und zielführende Maßnahmen so gestärkt werden, dass er eine größere Entlastung zu den üblichen Pendlerverkehrszeiten erbringen kann. Wir wollen die Organisationsstrukturen des Nahverkehrs überprüfen und die unterschiedlichen Verkehrsverbünde und Kooperationsräume hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit neu ordnen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen auch im ÖPNV bestmöglich genutzt werden, beispielsweise bei digitalen Bezahlungssystemen und der Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern.

Als konkrete Maßnahmen fordern wir:

- die Schienenstrecken in West-Ost-Richtung zu verbessern (Westbahn in der Variante C1 oder C2)
- den Bau von niveaufreien Bahnquerungen (vorrangig an der Dottendorfer Straße / Ollenhauerstraße) zu beschleunigen
- die Elektrifizierung der S 23 mit Taktverdichtung und Durchbindung bis Mehlem und dabei alternativ zu prüfen, ob die Strecke für den Einsatz von Brennstoff-Zügen (Hydrails) in Betracht kommt
- langfristig den Ausbau der linksrheinischen Bahnstrecke der Deutschen Bahn mit dem damit verbundenen S-Bahn-Konzept
- die Schaffung einer Direktverbindung von Bad Godesberg nach Beuel
- den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) schnell zu erneuern
- die Taktung des öffentlichen Nahverkehrs mittelfristig zu erhöhen und zuverlässiger, sicherer und bequemer zu machen. Dazu wollen wir die regionalen Schienenstrecken und Busverbindungen ausbauen und durch Schnellbuslinien ergänzen
- die Durchmesserlinien von Stadtgrenze zu Stadtgrenze am ZOB zu trennen, um Verspätungen zu verringern. Die am ZOB ankommenden Busse sollen künftig nach Bedarf dynamisch der nächsten Linie zugewiesen werden
- den Venusberg durch eine Seilbahn besser anzubinden. Für die Umsteiger in die Seilbahn sind an den Einstiegspunkten ausreichend preiswerte Parkplätze zu schaffen
- Zusätzliche Radwegeverbindungen durch den Kottenforst zum Universitätsklinikum zu schaffen oder zu reaktivieren
- zu prüfen, ob das Evangelische Waldkrankenhaus und das Universitätsklinikum durch eine Standseilbahn verbunden werden können und so eine Verbindungsachse von Bad Godesberg über den Venusberg nach Röttgen geschaffen werden kann
- bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen eine Klimatisierung vorzusehen und den Einsatz von Buszügen (Busanhängern) zu prüfen
- das Tarifsystem zu vereinfachen, das Kurzstreckenticket auf sieben Bushaltestellen zu erweitern und innovative Ticketangebote zu schaffen, zum Beispiel ein kontaktloses elektronisches Ticketing System zur entfernungsabhängigen Preisberechnung

- den Preisunterschied im Monatsticket zwischen dem Normal- und Sondertarifen wie dem Jobticket auf ein erträgliches Maß zu verringern und die Monatstarife generell als Netzkarten auszugestalten für den jeweiligen Nutzungsbereich
- einen Sozialtarif über die Stadtgrenzen hinaus einzuführen
- das Preisniveau für den öffentlichen Nahverkehr zu überprüfen und attraktiver zu gestalten
- das Jobticket attraktiver zu machen, insbesondere für kleinere Unternehmen, und auch benachbarte Wohnorte in Rheinland-Pfalz miteinzubeziehen
- Sammeltransportlösungen von Arbeitgebern für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen
- sichere Kiss & Ride-Plätze am Hauptbahnhof zu schaffen und damit den Hol- und Bringverkehr für Autos zu erhalten
- einen Modellversuch „Nahverkehrsbus der Zukunft“ durchzuführen. Dabei könnte die Frage beantwortet werden, welche Antriebstechnologie sich für Bonn am besten eignet.

Autoverkehr muss möglich bleiben

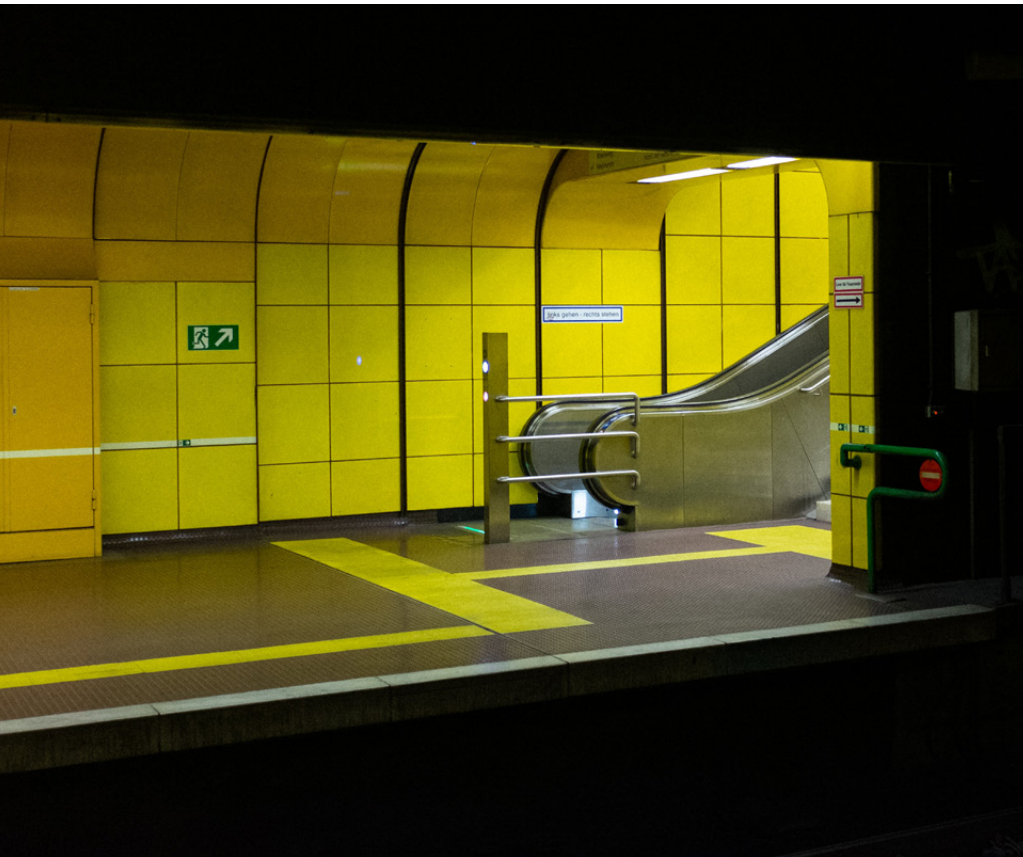
Für den Autoverkehr brauchen wir eine bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur, insbesondere auch für alternative Antriebsformen wie die E-Mobilität. Das Straßennetz muss instand gehalten und, soweit notwendig, ausgebaut werden. Fahrverbote wollen wir durch geeignete Maßnahmen vermeiden. Die Gesundheit der Bonner Bürgerinnen und Bürger wird sich durch das Fahren von Umwegen durch Schleichverkehre in Wohngebieten nicht verbessern.

Wir wollen vor allem folgende Schwerpunkte setzen:

- Die Freien Demokraten setzen sich für den „Autobahnbogen Bonn“ ein. Dazu gehört der Ausbau der A565 und der A59 auf sechs Spuren. Der Neubau des Tausendfüßlers darf nicht weiter verzögert werden. Während aller Bauzeiten muss gewährleistet sein, dass vier Fahrstreifen zur Verfügung stehen. Andernfalls würde Bonn ein Verkehrsinfarkt mit einem totalen Erliegen des Straßenverkehrs drohen.



- Wir wollen den Verkehrsfluss auf den städtischen Achsen (Nord / Süd) verbessern, unter anderem durch eine kreuzungsfreie Reuterstraße. Dadurch könnten wir die regelmäßige Behinderung der Straßenbahn an den Einmündungen Hausdorffstraße und Bonner Talweg auflösen.
- Eine Ost-West-Untertunnelung der Oxfordstraße / Bertha-von-Suttner-Platz zur Rheinunterquerung für den öffentlichen Nahverkehr und Autoverkehr nach Beuel und eine unterirdische Süd-Nord-Querung zwischen Sandkaule und Belderberg soll geprüft werden.
- Kurzfristig ist mit dem Fördermittelgeber der Kennedybrücke zu klären, dass die bestehenden Bahntrassen erweitert und für den Busverkehr freigegeben werden. Dem Autoverkehr entsteht dadurch kein Nachteil; der ÖPNV kann aber insbesondere zu Stauzeiten beschleunigt werden.
- Mit der Planung und Umsetzung der in der Rahmenplanung Bundesviertel vorgesehen CityHubs (Umsteigepunkte) soll begonnen werden. Das City-Hub-Konzept ist an allen Strecken des stadteinwärts pendelnden Verkehrs zu prüfen.



- Wir fordern ein gemeinsames Vorgehen mit dem Rhein-Sieg-Kreis und den betroffenen Gemeinden, um die im Rahmenplan Bundesviertel vorgesehenen RegioHubs baldmöglichst umzusetzen.
- Schleichverkehre sind zu vermeiden: Ein ideologisches Tempolimit von 30 km/h auf einzelnen Hauptverkehrsstraßen lehnen wir ab. Tempolimits sollen nur der Verkehrssicherheit dienen.
- Fahrverbote für einzelne Antriebstechnologien möchten wir vermeiden. Dabei sollten auch innovative Konzepte angedacht werden, wie ein in Bonn erfundener, in die Fahrbahn eingelassener „Staubsauger“, der die Stickoxide einsaugt und so die Luftqualität deutlich verbessert.

- Wir müssen die planlose Vernichtung von Parkplätzen stoppen. Die Innenstadt und die Stadtbezirkszentren Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf müssen gut erreichbar bleiben. Die „Brötchentaste“ (kostenfreies Parken für 15 Minuten) und das Parkscheiben-Parken am Samstag in Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf wollen wir erhalten.
- Das erhöhte Verkehrsaufkommen durch Parkplatzsuche soll durch den Einsatz digitaler Systeme verringert werden. Lücken beim Smart Parking mit Handy-Apps müssen geschlossen werden.
- Dort wo die Überlastung durch Individualverkehre besonders eklatant ist, soll durch eine Kombination von Parkplatz-Apps, Parkraumbewirtschaftung und Ausbau der ÖPNV-Angebote Entlastung geschaffen werden.
- Bonn soll eine Modellstadt zur Förderung und Weiterentwicklung des autonomen Fahrens als Technologie der Zukunft werden.

Radverkehr erleichtern

Wir begrüßen die Zunahme des Radverkehrs in Bonn als Ausdruck selbstbestimmter Mobilität und sehen darin einen Beitrag zur Entlastung des Verkehrs in unserer Stadt. Dabei möchten wir niemandem das Radfahren vorschreiben, sondern denen, die sich für das Fahrrad entscheiden, die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Hierzu zählt in erster Linie ein gut befahrbares Fahrradverkehrsnetz, das unsere Stadtteile miteinander verbindet und den Ansprüchen von Fahrradpendlern, E-Bikes und Lastenrädern genügt.

Wir wollen konkret:

- die Lücken im Radwegenetz mit erster Priorität schließen und eigenständige Radwege dort ausweisen, wo es sinnvoll und zielführend ist, um Konflikte und damit auch Unfälle zu vermeiden
- Fahrradschutzstreifen durchgängig einfärben
- das Konzept der Fahrradstadt fortentwickeln
- den Radweg am Rhein nach Bad Godesberg so ausbauen, dass es bei Hochwasser nicht zu Einschränkungen kommt
- eine Fahrradbrücke über den Rhein prüfen

- eine Ost-West-Radschnellweg-Verbindung schaffen
- die Querung der linksrheinischen Bahnstrecke für den Rad- und Fußgängerverkehr erhalten und ausbauen
- den Radverkehr bei Baustelleneinrichtungen standardmäßig berücksichtigen
- den Übergang zwischen Fahrrad, E-Rollern und öffentlichem Nahverkehr verbessern, zum Beispiel mit Fahrradparkhäusern und Mobilstationen
- den „Alten Fahrweg“ als Radverbindung zum Venusberg ausbauen
- die Radverbindung von Röttgen in die Innenstadt durch einen durchgängigen Radweg verbessern
- die Anbindung von Büro- und Gewerbegebieten für den Radverkehr ertüchtigen und optimieren.

Fußgängerverkehr sicherer und bequemer machen

Zu Fuß gehen ist die platzsparendste und umweltfreundlichste Fortbewegung. Wer zu Fuß geht, schont die Umwelt und fördert seine Gesundheit. Wir wollen das Zu Fuß gehen durch sichere, barrierefreie, rutschsichere und attraktive Wege fördern. Das gilt auch für Umleitungen und Umwege durch Baustellen. Fußwege sind keine Parkplätze. Falschparken auf Fußwegen ist durch den Stadtordnungsdienst konsequent zu ahnden. Falls erforderlich sind Fußwege baulich zu schützen.

Bonn an den Fernverkehr anbinden

Als internationale Stadt muss Bonn auch über ein umfassendes Angebot an Fernverbindungen verfügen. Dazu fordern wir:

- regelmäßige und ausreichende ICE-Halte an den Bahnhöfen Bonn Hauptbahnhof und Siegburg/Bonn
- eine zeitgemäß ausgestattete Fernbushaltestelle in zentraler Lage
- die verbesserte Anbindung des Flughafens Köln/Bonn durch Ausbau der S13, der A59 und ein verbessertes Angebot des Flughafenbusses hinsichtlich Zuverlässigkeit, Taktung und Preisstruktur
- den Flughafen Köln/Bonn weiter zu fördern, insbesondere in Hinblick auf seine Funktion als europäisch bedeutsames Frachtdrehkreuz.

Modernste

Bildung

für unsere

Kinder.

Schule.



Ihre Ansprechpartner:



Felicity Steglich
f.steglich@fdp-bonn.de



Tekin Celiköz
t.celikoez@fdp-bonn.de

Unser Ziel ist weltbeste Bildung in unseren Schulen, denn Schulen sind eine der wichtigsten Investitionen in unsere Zukunft. Jedes Kind soll unabhängig vom Elternhaus gerechte Bildungschancen für ein selbstbestimmtes Leben erhalten. Die Stadt Bonn muss dafür eine kind- und bedarfsgerechte Gestaltung der Schulen sicherstellen. Nicht nur der Bedarf an Schulraum ist wichtig, sondern auch die Gestaltung der Lernatmosphäre. Deshalb setzen wir uns für eine hochwertige Ausstattung ein. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass die Bonner Schulen von bürokratischen Prozessen entlastet werden und sich auf ihren Lehrauftrag konzentrieren können.



Bonner Schulen sind aber auch oft Mittelpunkt des Stadtviertels und damit ein wichtiger Sozialraum. Statt Sparmaßnahmen unterstützen wir hier Ausbau und Erneuerung. Wir wollen ein vielfältiges und modernes Bildungsangebot, an dem alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen teilhaben können. Dafür muss Bildung in der Finanzplanung der Stadt einen hohen Stellenwert einnehmen.

Sanierungs- und Baumaßnahmen schnell umsetzen

Als Ort der Bildung und Arbeitsplatz sind die Schulen ein Lebensraum, der nicht nur mit dem minimal Notwendigen ausgestattet sein darf. Die Stadt Bonn muss wegweisend vorangehen und bei künftigen Sanierungs- und Baumaßnahmen die lernfördernde Gestaltung von Schulräumen noch stärker in den Blick nehmen. Marode Schulgebäude wollen wir zügig sanieren oder ersetzen. Wo es nötig ist, wollen wir Neubauten von Schulen langfristig und bedarfsgerecht planen. Nach Möglichkeit möchten wir in den Schulen zusätzliche Freiräume wie Aufenthaltsräume für Schülerinnen und Schüler und Selbstlernzentren schaffen oder sie modernisieren.

Die Schulen sind selber Experten dafür, was für ihre Lernumgebung am besten funktioniert. Wir wollen daher den Schulen generell mehr Entscheidungs-

spielräume und Mitsprache ermöglichen. Die Verfahren zur Anschaffung besonderer Geräte oder Ausstattung für den Fachunterricht sollen unkomplizierter und effizienter werden.

Schulentwicklung als kommunale Kernaufgabe

Eine zuverlässige Schulentwicklungsplanung in Anbetracht steigender Einwohner- und Schülerzahlen ist eine wichtige Grundlage für die erfolgreiche Weiterentwicklung unserer Stadt. Daher fordern wir, dass das Schulamt diese als Kernaufgabe weiterhin jährlich prüft und fortentwickelt.

Die Entwicklungsplanung muss insbesondere die erfolgreiche Gestaltung der Übergänge in den Blick nehmen: von der Kita in die Schule, von einer Schule in die andere oder nach dem Schulabschluss in die Ausbildung oder ein Studium. Wir setzen uns für eine enge Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung ein, aber auch mit externen Partnern wie zum Beispiel den Hochschulen, der Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer. Die Beispiele hier bereits erfolgreicher Schulen wollen wir auf andere Bonner Schulen übertragen.

Grundschulen als Basis für weltbeste Bildung

Bei den Grundschulen halten wir an dem Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ fest. Durch eine erfolgreiche Schulentwicklungsplanung muss frühzeitig die notwendige Weiterentwicklung von Grundschulstandorten in den einzelnen Stadtteilen erkannt werden. Das gilt insbesondere bei der Erschließung von Neubaugebieten. Hier muss sichergestellt sein, dass alle kleinen Neubonnerinnen und -bonner einen Schulplatz in zumutbarer Nähe finden.

Leider kommen einige Kinder in Bonn morgens ohne Frühstück in die Schule. An zwölf Bonner Schulen wurde ein Modellversuch gestartet, bei dem Kindern ein kostenloses Frühstück angeboten wird. Sollte der Modellversuch mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen werden, fordern wir eine Fortsetzung und Ausweitung dieses Programms.

Weiterführende Schulen in ihrer Vielfalt stärken

Jede Schülerin und jeder Schüler hat das Recht, entsprechend seinen Neigungen und Begabungen gefördert zu werden. Nicht jeder kann aber auf dem gleichen Weg zum gleichen Ziel kommen. Wir setzen uns daher für eine vielfältige Schullandschaft ein und wollen Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien als eigenständige Angebote neben den Gesamtschulen erhalten.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bonner Schullandschaft neben den städtischen Schulen auch vierzehn Ersatzschulen umfasst, die sie mit ihren individuellen Schwerpunkten bereichern. Die Berufskollegs als tragende Säule des Erfolgsmodells der dualen Ausbildung und der beruflichen Bildung möchten wir für die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen stärken.

Übergänge erfolgreich gestalten

Um den Übergang zwischen Grundschule und weiterführender Schule zu erleichtern, soll geprüft werden, wie man das Anmeldeverfahren digitalisieren, straffen und transparenter gestalten kann. Dadurch können individuelle Wünsche bei der Schulauswahl noch stärker berücksichtigt werden.

Mit einem neuen digitalen Prozess setzen wir auf ein gerechtes und gleichzeitiges Anmeldeverfahren für alle Schulformen. Das vorgezogene Anmeldeverfahren für Gesamtschulen wollen wir beenden.

Ganztagsangebote als wichtiger Bildungsbaustein

Die Offene Ganztagsschule OGS ist nicht nur ein Angebot zur Verbesserung von Familie und Beruf. Sie ist ein wertvolles Bildungsangebot am Nachmittag, das für gerechte Bildungschancen für alle Kinder sorgt. Wir wollen daher nicht nur die Anzahl der OGS-Plätze in Bonn stetig weiter erhöhen, sondern auch in die Qualität des Angebots investieren.

Um mehr OGS-Plätze zu schaffen, werden wir bestehende Schulen räumlich erweitern. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit von Grundschule und OGS-Trägern. Bestehende Räume sollten bestmöglich gemeinsam genutzt



werden. Die Schaffung von Ganztagsangeboten ist auch eine Aufgabe für die weiterführenden Schulen. Wir wollen mehr weiterführende Schulen dazu motivieren, Angebote am Nachmittag zu machen.

Für erfolgreiche Ganztagsangebote ist die Einbeziehung externer Partner, zum Beispiel von Vereinen, ein Zugewinn. Durch eine verbesserte Kommunikation aller Beteiligten könnten zeitliche Konkurrenzsituationen bei den Angeboten vermieden werden. Die Stadt Bonn soll eine Vernetzung, zum Beispiel mit einem Onlineportal und Netzwerkveranstaltungen, unterstützen.

Schulsozialarbeit stärken

Schulsozialarbeiter, Sozialpädagogen und Schulpsychologen sind an vielen Schulen unverzichtbar geworden. Wir setzen uns dafür ein, dass die personelle Ausstattung mit sogenanntem nicht-lehrenden pädagogischen Personal weiter verbessert wird. Dadurch wollen wir zum Beispiel Beratungszeiten ausweiten, aber auch die nötige räumliche Ausstattung in Schulen bereitstellen. Auch das ist eine Maßnahme, um gerechte Bildungschancen in Schulen zu schaffen.



Inklusion zum Erfolgsmodell machen

Wir stehen voll und ganz hinter den Grundsätzen der Inklusion und der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Unser langfristiges Ziel ist es, den Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Auswahl zwischen zwei exzellenten Systemen zu bieten: dem Gemeinsamen Lernen und den Förderschulen.

Wir Freien Demokraten wollen, dass sich Eltern unideologisch und mit Blick auf die Bedürfnisse ihres Kindes entscheiden können. Daher befürworten wir eine unabhängige Beratungsstelle für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die Eltern bei dieser Entscheidung begleiten kann.

In den Schulen des Gemeinsamen Lernens wollen wir ideale Lernbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler schaffen, zum Beispiel hinsichtlich Differenzierungsräumen oder besonderer Ausstattung. Gleichzeitig wollen wir das Bonner Förderschulangebot in vollem Umfang erhalten. Es soll keine Förderschule mehr geschlossen werden.

Schulen unter besten Hygienebedingungen

Als öffentlicher Ort sind Schulen ein Raum, in dem viele Menschen zusammenkommen. Gerade weil hier viele Kinder und Jugendliche viel Zeit verbringen, ist es wichtig, für vorbildliche Hygienebedingungen zu sorgen. Die Stadt als Träger muss ein ausgereiftes Hygienekonzept vorlegen, welches nicht nur die ausreichende Versorgung mit Seife und Desinfektionsmitteln vorsieht, sondern auch regelmäßige Reinigungen der Räume und Desinfektionen viel genutzter Oberflächen.

Schulsport fördern

Sport fördert nicht nur die gesunde körperliche Entwicklung, sondern auch die Leistungsbereitschaft und das soziale Verhalten. Daher soll der Schulsport auch kommunal unterstützt werden.

Jedes Kind soll schwimmen lernen. Das Schulschwimmen ist besonders bedeutsam, weil die Schwimmfähigkeit überlebenswichtig sein kann. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass dem Schulschwimmen – zusammen mit dem Vereinssport – Vorrang bei der Bahnbelegung in unseren Schwimmbädern gegeben wird. Ziel des Schwimmunterrichts ist, dass jedes Kind Freischwimmer wird.

Wir fordern eine jährliche Begehung der schulischen Sportstätten durch das Städtische Gebäudemanagement zusammen mit dem Schulamt und der Schulkonferenz. So können der Bestand geprüft und Verbesserungsmaßnahmen schnell angestoßen werden. Die Stadt Bonn soll darüber hinaus einen unkomplizierten Prozess schaffen, mit dem Schulen Mängel einfacher melden und zeitnäher beheben lassen können.

Sicherer Schulweg

Die Erreichbarkeit von Schulen ist ein zentrales Thema. Hierbei spielen Sicherheit, Zuverlässigkeit und soziale Gerechtigkeit eine wichtige Rolle. Um das Schulumfeld so sicher wie möglich zu gestalten, soll geprüft werden, ob der Autoverkehr weitgehend aus dem direkten Umfeld von Grundschulen herausgehalten werden kann. Dazu wollen wir sichere „Kiss & Ride“-Zonen in Laufweite von Grundschulen prüfen.

Viele Schüler - insbesondere unsere Pänz an Grundschulen - kommen mit dem sogenannten „Walking Bus“ zur Schule. Dabei gehen die Schülerinnen und Schüler eine festgelegte Route und holen sich an Haltestellen gegenseitig ab. Wir möchten dieses Konzept an weiteren Schulstandorten ausbauen. Ebenso werden wir, wo möglich, auch Routen für „Biking Busse“ einführen.

An vielen Schulen herrscht bei den Abstellplätzen für Fahrräder immer noch Chaos. Wir fordern daher, dass mehr Fahrradparkplätze geschaffen und attraktiv gestaltet werden.

Auch wenn sich bei der Anbindung der Schulen an den Öffentlichen Personennahverkehr bereits vieles verbessert hat, gibt es hier noch Verbesserungspotenzial. Die Stadt Bonn muss den Bus- und Bahnverkehr, vor allem zu Stoßzeiten, ausfallsicher gestalten und hier Priorität auf Schulwege legen. Zudem fordern wir ein einheitliches Schülerticket mit einem sozial gerechten Preis für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen.

Digitalisierung an Schulen in Schwung bringen

Die Corona-Pandemie hat uns eindringlicher denn je aufgezeigt, welche Bedeutung die Digitalisierung im Schulbetrieb hat. Durch die Schließung der Schulen im ganzen Land und die Notwendigkeit des „Lernens auf Distanz“ mussten Lehrerinnen und Lehrer kreative Wege finden, um nicht nur mit ihren Schülerinnen und Schülern in Kontakt zu bleiben.

Dieser „Digitale Aufbruch“ an unseren Schulen darf nach der erfolgreichen Bewältigung der Pandemie und der Rückkehr zum Schulalltag aber nicht enden.

Um das zu erreichen, wollen wir unter anderem das Medienzentrum Bonn als Kompetenzzentrum für den digitalen Unterricht weiterentwickeln. Wir möchten dort eine Plattform schaffen, mit der sich Lehrerinnen und Lehrer unkompliziert vernetzen und über pädagogische Konzepte und die Nutzung von digitalen Tools austauschen können.

Lehrerinnen und Lehrer müssen dabei aber von der Aufgabe entlastet werden, sich neben ihren pädagogischen Aufgaben auch noch um die technischen Voraussetzungen kümmern zu müssen. Wir fordern deshalb Stellen in der Stadtverwaltung für sogenannte „Digitale Hausmeister“. Diese IT-Spezialisten sollen sich zum Beispiel um die tägliche Einsatzbereitschaft der Geräte, Neuanschaffungen, Wartung oder die Verwaltungssoftware der Schulen kümmern. Die Stadtverwaltung soll zudem prüfen, ob diese Fachkräfte von der Stadt selbst ausgebildet werden können, zum Beispiel in Form eines neuen Bildungsgangs an den Bonner Berufskollegs.

Wir fordern auch die Einführung einer einheitlichen Verwaltungssoftware für alle Bonner Schulen. Dadurch können wir nicht nur Geld sparen, sondern auch unsere Schulen von Bürokratie befreien. Beispielsweise könnten bei den vielen jährlichen Schulwechseln in der Stadt Datensätze mit einem Mausklick übertragen werden statt sie in der aufnehmenden Schule händisch abzutippen.

Als Schulträger soll die Stadt Bonn ihre Schulen bei der einheitlichen Implementierung der Kommunikations- und Lernplattform LOGINEO NRW unterstützen, weil dies ein vom Ministerium für Schule und Bildung freigegebenes, sicheres und geprüftes Cloudsystem ist.

Antisemitischen Entwicklungen begegnen

Die Stadt muss im Kampf gegen den Antisemitismus ein Zeichen setzen. Wir treten deshalb dafür ein, im Rahmen der Städtefreundschaft mit Tel Aviv mindestens einmal im Jahr jeweils mehrtägige Austauschprogramme für Bonner Schülerinnen und Schüler und Auszubildende im Alter von 14 bis 18 Jahren zu fördern.

Gesellschaft

gestalten,

Vereine

stärken.

Bürgerschaftliches

Engagement.



Ihre Ansprechpartnerin:



Felicity Steglich

f.steglich@fdp-bonn.de

Ehrenamtliches Engagement stützen

Das Ehrenamt ist eine unverzichtbare Säule unserer Gesellschaft. Das Bedürfnis, anderen Menschen zu helfen oder unser Zusammenleben zu verbessern, treibt tausende Bonnerinnen und Bonner täglich an, sich zusätzlich zu beruflichen und familiären Aufgaben für das Gemeinwohl einzusetzen. Oft füllen Ehrenamtliche durch ihr Engagement auch Lücken in der Versorgung unserer Gesellschaft. Wir Freie Demokraten sehen die Chancen in einer funktionierenden Stadtgesellschaft, in der neben Ehrenamt, Vereinswesen und Nachbarschaftshilfe auch eine gegenseitige Achtsamkeit hilft, dass diejenigen Verantwortung übernehmen für diejenigen, die Unterstützung benötigen.

Gerade in Zeiten knapper Kassen sind die Kommunen mehr denn je auf ehrenamtliche Unterstützung angewiesen. Wir Freien Demokraten wollen dieses private Engagement unterstützen, soweit es uns möglich ist. Um die herausragende Arbeit von Vereinen, Verbänden und Initiativen zu stärken, tritt die FDP dafür ein, dass gerade dort, wo ehrenamtliche Arbeit stattfindet, dieses Engagement gefördert und nicht durch eine Vielzahl von Vorschriften und Bürokratie erschwert wird.

Wir wollen eine Anerkennungskultur für das Ehrenamt, wie es beispielsweise mit dem Landesnachweis NRW „Engagiert im sozialen Ehrenamt“ praktiziert wird.

Bonner Bürgerinnen und Bürger in die Kommunalpolitik einbinden

In den letzten Jahren ist zu beobachten, dass die Zahl der Besucherinnen und Besucher bei Sitzungen des Stadtrats und der Bezirksvertretungen deutlich steigt. Auch die Zahl der Bürgeranträge hat stark zugenommen. Wir unterstützen ausdrücklich, dass sich die Bonner Bürgerinnen und Bürger mehr in der Kommunalpolitik einbringen. Die Akzeptanz politischer Entscheidungen und das Vertrauen in demokratische Institutionen ist eng mit dem Interesse an Kommunalpolitik und der Transparenz politischer Entscheidungen verknüpft. Das haben zum Beispiel die Leitbildkonferenzen in Bad Godesberg mit über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eindrucksvoll bestätigt.

Dazu fordern wir, dass die Sitzungen des Stadtrats und seiner Ausschüsse sowie der Bezirksvertretungen bürgerfreundlicher gestaltet und live im Internet übertragen werden. Dazu gehört zum Beispiel die Anzeige des aktuellen Tagesordnungspunkts und der Rednerin oder des Redners, um die Sitzungen besser verfolgen zu können. Aufgrund der Veränderungen der Tagesordnung zu Sitzungsbeginn ist es für Außenstehende oft sehr schwierig, der Sitzung angemessen folgen zu können. Auch das Live-Streaming der Ratssitzungen ist zu optimieren, da im Bild der Standkamera nur die Hälfte des Plenums zu sehen ist. Die Übertragung weiterer Sitzungen ist wünschenswert.

Wir möchten Bonns Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich mehr in der Politik zu engagieren. Das ist zum Beispiel als sachkundige Bürgerin oder sachkundiger Bürger in den Ratsausschüssen oder in einer Partei möglich. Wir freuen uns über alle, die konstruktiv bei den Freien Demokraten mitwirken möchten. Unzufriedenheit kann durch Mitmachen verringert werden. Gerade in der Kommunalpolitik ist ein niederschwelliger Einstieg gut möglich.

Bei größeren Bauprojekten können die Bonnerinnen und Bonner durch sogenannte Werkstätten ihre Ideen einbringen, die sonst verloren gingen. Wir wollen, dass der Sachverstand und die Anregungen unserer Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Alle können daran mitwirken, Lebensqualität und Lebensgefühl in Bonn zu verbessern.

Größe der Stadtbezirke prüfen

Im Sinne einer größeren Bürgernähe der Bezirksvertretungen wollen wir den Zuschnitt der Stadtbezirke Bonn (circa 154.000 Einwohner) und Hardtberg (circa 34.000 Einwohner) überprüfen.

Vereinsarbeit und -leben stärken

Vereine übernehmen zentrale Funktionen im gesellschaftlichen Zusammenleben. Integration, Zusammenhalt und Brauchtumsstärkung sind nur einige gesellschaftliche Pfeiler, um die sich Vereine kümmern. Daher möchten wir vor allem gemeinnützige Vereine künftig noch besser unterstützen. Wir fordern, dass solche Vereine für die Instandhaltung und Sanierung vereinseigener Anlagen bei besonderem öffentlichen Interesse einen zinslosen Kredit durch die Stadt erhalten. Ebenso soll ein städtisches Zuschussprogramm für solche Investitionen aufgelegt werden, sofern es keine anderen Zuschuss- und Förderprogramme gibt.

Hier muss

sich jeder

sicher fühlen.

Sicherheit.



Ihr Ansprechpartnerin:



Petra Nöhring

p.noehring@fdp-bonn.de

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bonner Bürgerinnen und Bürger war in den letzten Jahren empfindlich gestört. Die aktuellen Kriminalstatistiken zeigen erfreulicherweise einen positiven Trend. Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist zuletzt deutlich rückläufig. Die Aufklärungsquote ist gestiegen.

Wir Freien Demokraten wollen verhindern, dass es Angsträume in Bonn gibt. Durch die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes ist der bisherige Kriminalitätsschwerpunkt des sogenannten Bonner Lochs entfallen. Die dortige Drogenszene hat sich aber nur verlagert. Vor allem der Hofgarten und der Stadtteil Tannenbusch müssen unbedingt auch weiterhin ein Schwerpunkt der

polizeilichen Präsenz bleiben. Auch die Stadt kann einen direkten Beitrag leisten. Bewährt haben sich Dienste des Ordnungsamts wie die Rheinstreife und auch die Partnerschaft von Polizei und Ordnungsamt in der Wache GABI (Gemeinsame Anlaufstelle Bonner Innenstadt). Sie wirken nicht nur präventiv, sondern erhöhen auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ähnliche Institutionen etabliert werden, wo sie sinnvoll erscheinen.

Die bessere Beleuchtung von Straßen, Wegen, Unterführungen, Plätzen und Parks kann bestehende Gefahrenpunkte beseitigen. Die FDP hat immer wieder entsprechende Vorstöße in den Bezirksvertretungen der Stadtbezirke gemacht und konnte erreichen, dass sich beispielsweise die Beleuchtungssituationen im Bad Godesberger Kurpark oder entlang des Radwegs an der Bröltalbahn in Beuel verbessert haben. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Beleuchtung an weiteren Punkten in der Stadt verbessern.

Eine Videoüberwachung wollen wir als liberale Partei nur in Sonderfällen, verantwortungsvoll und nach sorgfältiger Abwägung zulassen. Sie kommt nur in Frage, wenn dadurch die Sicherheit an den betreffenden Stellen absehbar erheblich verbessert wird und ein schnelles Eingreifen der Polizei sichergestellt ist. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab.



Viel mehr als nur zusammenstehen. Soziales & Gesundheit.



Ihr Ansprechpartnerin:



Petra Nöhring

p.noehring@fdp-bonn.de

Die Bonner Freien Demokraten fördern die Zusammenarbeit aller Akteure mit dem Ziel einer funktionierenden Stadtgesellschaft. Dabei unterstreichen wir, dass eine Förderung im Sozialbereich keine Geschenke verteilen darf, sondern die Basis für ein selbstbestimmtes Leben setzen soll. Wir machen uns stark für eine hinreichende Steuerung der sozialen Landschaft, damit die finanziellen Mittel den wirklich Bedürftigen zu Gute kommen.

80 Prozent des Haushalts im Sozialbereich sind für die Stadt Pflichtaufgaben. Über diese Finanzmittel kann die Stadt nicht frei verfügen. Wir setzen auf einen starken ersten Arbeitsmarkt, der die Menschen aus dem Sozialleistungsnetz wieder aufnimmt, sodass sie ihre Chancen nutzen können. Wir legen Wert auf einen wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz der finanziellen Mittel für die freiwilligen Leistungen, damit die Chancen und Stärken der Menschen gefördert werden, das Vertrauen in die demokratischen Grundwerte erhalten bleibt und der Weg in mehr Eigenverantwortung geebnet wird.

Gesundheit als höchstes Gut

Die medizinische Infrastruktur in Bonn ist hervorragend. Zu einem funktionierenden Gesundheitsstandort gehören aber auch:

Mehr Prävention und Gesundheitsförderung

Die Freien Demokraten wollen mehr Aufklärung und kostenlose Gesundheitsangebote in Bonn, denn wir sehen die Chancen in einer möglichst gesunden, eigenverantwortlich handelnden Stadtgesellschaft, besonders in Zeiten beschränkter finanzieller Mittel.

Ein größeres Angebot für bedarfsgerechtes Wohnen im Alter

Wir fordern mehr bedarfsgerechtes und würdiges Wohnen und eine angemessene Betreuung von älteren Menschen. Eine adäquate Wohnversorgung für die spezifischen Bedarfe muss gewährleistet sein. Das sollte auch gelten in Bezug auf die demografische Entwicklung sowie die Erfolge hinsichtlich längerer Lebenserwartungen bei Behinderung, Drogenmissbrauch oder sozialer Einschränkung.

Weniger Lärm

Wir werden uns für intelligente Lärmbeschränkungen im Verkehr einsetzen, denn die Auswirkungen von Lärm auf unsere Gesundheit sind gravierend. Lärm benachteiligt auch sozial, da bezahlbarer Wohnraum häufig mit Lärmschäden verbunden ist.

Saubere Luft

Die Freien Demokraten unterstreichen die Bedeutung von sauberer Luft für die Gesundheit der Bonner Bürgerinnen und Bürger. Atemwegserkrankungen können wir minimieren. Deshalb setzen wir uns auch für eine ideologiefreie Technologieoffensive ein, die das Ziel der Immissionsreduzierung erfüllt. Eine einseitige Förderung einzelner Technologien lehnen wir ab.

Bessere Kinder- und Jugendgesundheit

Kinder haben ein Recht darauf, geborgen und gesund aufzuwachsen. Wir wollen die bisherige Familienarbeit zum Schutz der Kinder vor Gewalt weiter fördern, damit jedes Kind eine Chance auf ein selbstbestimmtes freies Leben erhält. Die Freien Demokraten fordern eine Gewaltschutzambulanz in Bonn, die - angegliedert an die Rechtsmedizin - einen zentralen Anlaufpunkt für hilfesuchende Menschen bieten und das Know-how konzentrieren soll. Einen besonderen Vorsorgeschwerpunkt soll die rechtzeitige Erkennung und Behandlung mentaler Beeinträchtigungen von Kindern und Jugendlichen bilden.

Soziales ist mehr als eine Pflichtaufgabe

Bonn braucht eine funktionierende Stadtgesellschaft, in der sich jede Bürgerin und jeder Bürger mit ihren/seinen Möglichkeiten einbringen kann. Die FDP Bonn setzt sich daher ein für:

Mehr bezahlbaren Wohnraum

Wir fordern die konsequente Umsetzung des Bonner Baulandmodells, das einen 20- bis 40%igen Anteil an bezahlbarem Wohnraum bei jedem Neubau vorsieht. Außerdem wollen wir die Flächennutzung bei Neubauten unter Berücksichtigung der Infrastruktur optimieren und den Leerstand in Bonn minimieren. Wir wollen uns aber auch dafür einsetzen, dass ein bezahlbarer öffentlicher Nahverkehr ein adäquates Wohnen für jedermann im Umkreis von Bonn ermöglicht.

Mehr eigenständigen Lebensunterhalt

Wir wollen es Menschen stärker ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen und aus eigener Kraft für ihre Familien zu sorgen. Es ist unser Ziel, mehr Menschen den Weg aus der Bedürftigkeit aufzuzeigen, sie zu unterstützen und ihnen ihren Stolz wieder zurückzugeben. Dazu gehört der Ausbau ihres strukturellen Umfelds mit Arbeitsplätzen, bezahlbarem Wohnraum, ausreichender wohnortnaher Kinderbetreuung und einem bezahlbaren öffentlichen Nahverkehr über die Stadtgrenzen Bonns hinaus.



Eine Reduzierung der Kinderarmut

Kinderarmut ist nicht allein finanzielle Armut, sondern vor allem auch Mangel an Chancen und Teilhabe. Statt bloß die finanziellen Leistungen für Kinder und Familien auszuweiten, halten wir es für wichtiger, jedem Kind die Lebenschancen zu eröffnen, die ihm zustehen. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb für eine zentrale Koordinierungsstelle ein, damit Familien die bestehenden Hilfeleistungen bedarfsgerecht und unbürokratisch erhalten.

Mehr Wertschätzung des Ehrenamts

Anerkennung und Sichtbarmachung des bürgerlichen Engagements müssen stärker in den Mittelpunkt gestellt werden, denn ohne Ehrenamt kann eine Stadtgesellschaft nicht funktionieren. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das Ehrenamt nicht für kommunale Aufgaben ausgenutzt wird. Wir fordern auch eine bessere Koordination der Ehrenamtswilligen, um das Interesse am Ehrenamt wieder zu steigern.

Mehr Integration

Durch geeignete Förderung und Forderung wollen wir jedem eine aktive Teilnahme am demokratischen Leben ermöglichen. Vereinsamung und Armut müssen wir rechtzeitig einen Riegel vorschieben und gegenseitige Unterstützung fördern. Die Freien Demokraten in Bonn setzen sich deshalb intensiv für eine Aktivierung der Potenziale der Zivilgesellschaft ein und unterstützen die vielfältigen Modelle von Tauschbörsen über Zeitspenden bis hin zur aktiven Nachbarschaftshilfe.

Mehr Teilhabe

Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der jeder Mensch individuelle Förderung erfährt und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger entsprechend ihrer oder seiner Möglichkeiten in Bonn leben und ihre oder seine Chancen nutzen kann. Dabei achten wir auch auf mentale Einschränkungen, die häufig ohne bemerkt zu werden das Leben der Betroffenen erheblich einschränken.

Mehr soziale Verknüpfung mit Bonns Nachbarkommunen

Bonns soziales Netz muss vernünftig mit den Kommunen der Nachbarkreise abgestimmt und verzahnt werden, damit Menschen wohnortnah die Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Wir fordern Abstimmungen mit den sozialen Landschaften der umliegenden Kreise und Kommunen, damit Bedürftige gleichermaßen versorgt werden, die finanziellen Belastungen aber gleich verteilt sind.

Erhaltung des Tierheims

Wir setzen uns für den Erhalt eines Tierheims in Bonn ein.



Ihre Ansprechpartner:



Florian Bräuer
f.braeuer@fdp-bonn.de



Susanne Heinrichs
s.heinrichs@fdp-bonn.de

Fast 400 Turn- und Sportvereine sowie Betriebssportgemeinschaften, in denen mehr als 75.000 Bonnerinnen und Bonner organisiert sind, belegen eindrucksvoll die Bedeutung des Sports im öffentlichen Leben. Den Vereinen stehen dafür 100 Turn- und Sporthallen sowie mehr als 50 Außenanlagen im Stadtgebiet zur Verfügung. Das Angebot ist breit und umfasst um die 70 Sportarten für jede Leistungs- und Altersgruppe. Neben dem Breitensport wird auch der Spitzensport in Bonn großgeschrieben.

Moderne Bäder für Bonn

Die breite und auch teilweise sehr emotional geführte Diskussion in der Öffentlichkeit hat klar gemacht, welche hohe Priorität die Sanierung der Bonner Schwimmbäder hat. Für uns Freie Demokraten steht fest: Moderne Schwimmbäder sind nicht nur für Schulen und Vereine wichtig. Daher setzen sich die Freien Demokraten für eine schnelle Umsetzung des Bäderkonzepts ein. Dabei möchten wir in jedem Stadtbezirk auf ein eigenes Kombibad (Hallen- und Freibad) setzen, welche als Profilbäder unterschiedliche Besuchergruppen ansprechen sollen. Ziel ist, dass mit dem Umbau der Bäderlandschaft insgesamt mehr öffentliche Wasserfläche und größere Zeitkontingente für Schulen, Vereine und Besucherinnen und Besucher zur Verfügung stehen. Die Stadt wird damit auch einen Beitrag zu mehr Energieeffizienz und Klimafreundlichkeit leisten können.

Im Einzelnen schlagen wir vor:

- das Hardtbergbad zu einem Familienbad auszubauen, indem sowohl das Frei- als auch das Hallenbad saniert, ein Lehrschwimmbecken zusätzlich gebaut und mit einem Familienbereich und einer Ganzjahresrutsche aufgewertet wird
- das Römerbad um ein wettkampftaugliches Hallenbad am Standort zu erweitern und das Frankenbad als Schwimmbadstandort aufzugeben. Dabei soll das Gebäude für eine Folgenutzung als Bildungs- oder Sporteinrichtung erhalten werden. Auch der Vorplatz des Frankenbads wird Treffpunkt der Altstadt bleiben.
- das Ennertbad als Ersatz für die Beueler Bütt um ein Hallenbad zu ergänzen
- die Umgestaltung des Panoramabads Rüngsdorf zu einem Kombibad durch die Ergänzung um eine Schwimmhalle zu prüfen. Ein Kombibad muss einen klaren Mehrwert hinsichtlich der Nutzbarkeit und Aufenthaltsqualität gegenüber der ehemaligen Situation vor Schließung des Kurfürstenbads bieten. Eine ausreichende verkehrstechnische Anbindung ist dabei zu berücksichtigen
- die Freibäder „Friesi“ und das Melbbad zu ertüchtigen und zu erhalten.



Bei allen Neubauten soll Barrierefreiheit umgesetzt werden. Diese Neubauten müssen auch deutlich besser in Schuss gehalten werden als bisher. Daher werden wir die Gründung einer Bäder GmbH unter dem Dach der Stadtwerke prüfen, die mit der Instandhaltung der Bäder betraut werden wird.

Nicht organisierten Sport fördern

Die Freien Demokraten unterstützen das Konzept "Ein Platz für alle" und möchten nach diesem Vorbild weitere ähnliche frei zugängliche Anlagen im Stadtgebiet bauen lassen. Hier sollen Bürgerinnen und Bürger, die nicht in Sportvereinen organisiert sind, die Möglichkeit eines vielfältigen Sportangebots finden. Dabei soll eine breite Anzahl an Sportarten ermöglicht werden, die auch über alle Altersstufen hinweg betrieben werden können. Unterschwellige Angebote – ähnlich den Trimm-dich-Pfaden – sowie speziell für Senioren bereitgestellte „Geria-Parks“ sollen das Angebot abrunden.

Ebenso sollten öffentliche Wege mit Möglichkeiten für den Individualsport ausgestattet werden. Die bei Joggen und Radfahrern beliebte „Bonner Brückenrunde“ muss insbesondere für die dunkle Jahreszeit ausgebaut, beleuchtet und ausgeschildert werden.



Der organisierte Sport als wichtiger Pfeiler der Gesellschaft

Der organisierte Sport leistet einen großen Beitrag zu wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben wie Gesundheit, Gemeinschaftsbildung, Integration und Inklusion. Die Bonner Sportanlagen müssen barrierefrei gestaltet werden, damit alle Gesellschaftsgruppen Zugang zu sportlichen Aktivitäten haben.

Ein wichtiger Baustein zur Weiterentwicklung des Sports in Bonn ist die Umsetzung des Sportentwicklungsplans. Viele Bonner Sporthallen und Sportanlagen benötigen dringend eine Sanierung. Teilweise sind auch Neubauten notwendig.

Hierbei wollen wir als Freie Demokraten auch für die Möglichkeit offen sein, intensiver mit Generalunternehmern zusammenzuarbeiten. Diese könnten

beispielsweise mit der Koordinierung des Baus sowie dem Betrieb von Sportstätten beauftragt werden. Die Stadt mietet sich dann mit langfristigen Verträgen in die entsprechenden Hallen ein. Durch diese Vorgehensweise kann der Sanierungsstau zügiger bearbeitet werden. Die Funktionalität hat dabei Priorität vor der Architektur.

Bonner Sportvereine identifizieren sich stark mit ihren Sportstätten. Daher möchten wir mehr Verantwortung für die Sportstätten auf die Vereine und die dort Sport treibenden Vereinsmitglieder übertragen. Das bereits bestehende Pilotprojekt für die Pflege der Kunstrasenplätze zeigt gute Ergebnisse und soll zum Vorbild für weitere Modellversuche in anderen Sportstätten werden.

Eine engere Zusammenarbeit des Stadtsportbunds mit dem Sportamt der Stadt Bonn ist dabei unabdingbar. Im „Haus des Sports“ sollen der Stadtsportbund Bonn (SSB Bonn) und das Sportamt gemeinsam untergebracht werden, um im engen Austausch den Sport in Bonn nachhaltig weiterzuentwickeln. Das Sportamt wird die Querschnittsfunktion wahrnehmen, den Sport auch in anderen Ämtern wie dem Schul-, Grünflächen- oder Sozialamt, zu verankern.

Spitzensport in Bonn eine Heimat geben

Seit jeher ist der Sportpark Nord die wichtigste Sportstätte des Spitzensports in Bonn. Er soll auch weiterhin die Funktion eines „Leuchtturms“ behalten und weiter ausgebaut werden. Im südlichen Bonn wollen wir den Sportpark Pennekamp als zentrale Sportstätte für viele Sportarten deutlich aufwerten.

Nordrhein-Westfalen bereitet eine mögliche deutsche Olympiabewerbung für die Sommerspiele 2032 vor. Auch Bonn soll sich als südlichster Austragungsort bewerben und bereits bestehende Wettkampfstätten für die Sportarten Baseball, Softball, Basketball und Bogenschießen zur Verfügung stellen. Schon im Vorjahr haben die Europameisterschaften im Baseball im dafür sanierten Baseballstadion in der Rheinaue stattgefunden und waren auch Qualifikationsturnier für die nächsten Olympischen Sommerspiele in Tokio. Hier konnte Bonn bereits seine Qualitäten als Gastgeber unter Beweis stellen.

Machen wir nicht nur Beethoven stolz. Kultur.



Ihr Ansprechpartner:



Bernd Fesel

b.fesel@fdp-bonn.de

Bonn besitzt als Kunst- und Kulturstandort internationale Geltung. Das vielfältige Angebot reicht von der Beethovenstadt über die Rock- & Pop-Stadt bis hin zur Karnevalshochburg. Kunst und Kultur tragen entscheidend zur großen touristischen Anziehungskraft von Bonn bei.

Die in Bonn historisch gewachsenen Strukturen der öffentlichen Institutionen und privaten Träger stehen vor großen strukturellen Herausforderungen. In den nächsten Jahren müssen wegweisende Entscheidungen über Sanierungs- und Baumaßnahmen getroffen werden. Dazu kommen Umbrüche im Publikumsverhalten, die durch den demografischen Wandel und die Möglichkeiten der Digitalisierung angetrieben werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW), der Bund und die Europäische Union haben dies erkannt und unterstützen Städte, Kulturinstitutionen und -unternehmerinnen und -unternehmer in der Bewältigung dieses zentralen Umbruchs.

Wir wollen in den nächsten fünf Jahren diesen Strukturwandel von Kunst und Kultur zur Chefsache in Bonn machen. Er soll von zwei Leitinitiativen getragen werden:

- Die Freien Demokraten wollen eine Stärkungsinitiative für die vielfältigen Kulturträger in Bonn ins Leben rufen. Dies soll durch eine Ausschöpfung der Förderangebote des Landes NRW, des Bundes und der Europäischen Union finanziert werden.
- Wir fordern nach dem Vorbild des Landes NRW ein Entfesselungspaket für die Verwaltung und Organisation von Kultur in Bonn. Sie soll durch eine Neuaufstellung effizienter werden und agiler auf den Strukturwandel reagieren können. Wir wollen eine Digitalisierungsoffensive der kulturellen Angebote in Bonn. Dazu gehören sowohl eine digitalisierte Verwaltung als auch eine Digitalisierung von existierenden Veranstaltungen (zum Beispiel durch Livestreams).

Beethovenstadt Bonn als Alleinstellungsmerkmal

Um die Beethovenstadt Bonn national und international weiter zu etablieren, fordern wir nach Abschluss des Beethovenjahres eine Bestandsaufnahme. Es sollte eine neue bundesweit greifende Strategie für die Stärkung der Beethovenfestspiele, des Beethovenhauses und des Beethoven Orchesters Bonn als Spitzenorchester entwickelt werden. Diese Ziele sind von nationaler Relevanz und können nicht allein aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Die Freien Demokraten fordern die Verwaltung auf, vorausschauend in Gespräche mit dem Land NRW, dem Bund und der Europäischen Union einzutreten und dem Stadtrat bis Herbst 2021 ein Konzept vorzulegen, das ab 2022 im Rahmen neuer Förderprogramme umgesetzt werden kann.

Die internationale Sichtbarkeit von Beethoven und das Gedenken an ihn muss weiterhin an die Stadt Bonn geknüpft bleiben. Wir verstehen die Beethovenstadt Bonn auch als eine Brücke, um die kulturelle Vielfalt aller Kunstsparten in Bonn zu entdecken und die Wahrnehmung als Kulturstadt Bonn insgesamt zu stärken. Eine starke Kulturstadt Bonn und die Beethovenstadt Bonn gehen Hand in Hand.

Wir sprechen uns deshalb für eine engere Kooperation der Beethoven-Institutionen, aber auch anderer öffentlicher Kulturträger mit den freien Trägern der Künste in Bonn aus. Kooperationen und erste Ansätze im Beethovenjahr können dafür ein Vorbild sein und sollten fortgeführt oder vertieft werden.

Oper, Theater und Schauspiel

Theater, Schauspiel und Beethoven-Orchester sind unverzichtbare Teile des Kulturstandorts Bonn und haben die internationale Reputation der Stadt über Jahrzehnte aufgebaut. Sie sind Teil eines Angebots, das Bonn als Stadt der Vereinten Nationen (UN) von internationalem Rang bereitstellt, um als attraktiver Wohnort mit höchster Lebensqualität zu bestehen. Diese kulturelle Infrastruktur, die von internationalen Konzernen und Organisationen zur Bindung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwartet wird, ist aber auch für den Wirtschaftsstandort Bonn von Bedeutung.

Die Freien Demokraten setzen sich für den Erhalt der Oper und des Schauspiels in Bad Godesberg ein. Die Art des Angebots und die Gliederung der Organisationen sind an die Leistungsmöglichkeiten der Stadt Bonn anzupassen. Eine Sanierung des Operngebäudes ist einem Neubau eines Kulturhauses gegenüberzustellen. Hierbei sind neben den finanziellen Aspekten auch die zukünftige Entwicklung klassischer und moderner Kultur in technischen und logistischen Bedarfen zu berücksichtigen.

Standort für Kulturveranstaltungen stärken

Freiluftveranstaltungen und die Pflege von Brauchtum sind Bestandteile der Lebensqualität und kulturellen Vielfalt in Bonn. Sie sind allerdings mit Geräuschemissionen verbunden. Beliebte Veranstaltungen wie die Klangwelle, Schützenfeste oder Karnevalsfeiern sollen nicht durch Beschwerden einzelner Anwohnerinnen und Anwohner in ihrem Bestand gefährdet werden.

Die Realisierung von Veranstaltungen im Freien für Kunst und Kultur muss unbürokratischer als bisher möglich werden. Wir fordern, die Notwendigkeit von



Verwaltungsaufgaben zu überprüfen und die teilweise prohibitiven Abgabebühren für Kulturträger zu senken. Gerade das bürgerschaftliche Engagement von Initiativen der Freien Szene darf nicht auf diese Weise untergraben werden.

Im Rahmen einer "Stärkungsinitiative Kulturträger Bonn" ist zu prüfen, wie die Stadt bewährte Kulturprojekte wie die „Rheinkultur“ oder den „Bonner Sommer“ wieder aufnimmt. Das sollte besonders dann möglich werden, wenn sie privat organisiert und durch öffentliche Mittel, zum Beispiel durch die Initiative Musik des Bundes, gefördert werden könnten. Das gilt auch für die Ausrichtung von Popveranstaltungen in Bonn. Den Kunst!rasen Bonn gilt es unbedingt zu erhalten.

Mehr Kinder- und Jugendkultur

Die Freien Demokraten wollen ihren erfolgreichen Einsatz für das Kultur- und Bildungsangebot von Kindern und Jugendlichen fortführen.

Insbesondere werden wir uns für eine weiterhin verlässliche Förderung der freien Jugendtheater einsetzen, wie zum Beispiel der Brotfabrik und des Jungen Theater Bonn, das als eines der erfolgreichsten deutschen Kinder- und Jugendtheater gilt. Durch strukturelle Stärkung und bessere Rahmenbedingungen wollen wir für eine sichere Zukunft sorgen. Dazu zählen auch barrierefreie und inklusive Angebote der Jugendkultur.

Freie Kulturträger und Kulturbetriebe fördern

Freie Kulturträger in Bonn sind eine wesentliche Säule für Qualität und Vielfalt von Kunst und Kultur in Bonn. Sie finanzieren sich hauptsächlich durch Mitgliedsbeiträge und Sponsoring (in Vereinen) oder durch Eintrittsgelder und Werbung (in Kulturbetrieben). Die wirtschaftlichen Risiken von Kulturangeboten und -vermittlung tragen sie dabei selbst und wurden zuletzt durch die Corona-Krise in ihrer Existenz bedroht. Gerade für diese Kulturträger wollen wir die Rahmenbedingungen in Bonn verbessern und eine Kulturpolitik für die Freie Szene auf Augenhöhe mit öffentlichen Kulturträgern aufbauen.



Oft haben zeitgenössische Kunstformen wie Graffiti oder Poetry-Slam noch keine oder nur unzureichende Räumlichkeiten, von Proberäumen bis Aufführungsorten. Dies gilt auch für Künstler der bildenden und darstellenden Künste sowie Musiker und Tänzer.

Bonn hat auch Institutionen, die sich um Filmkultur verdient machen. Zum Beispiel sind die Internationalen Stummfilmtage das besucherstärkste Filmfestival in Nordrhein-Westfalen. Auch die Kinder- und Jugendarbeit oder filmgeschichtliche Themen werden in der Bonner Filmkultur seit Jahren erfolgreich aufgegriffen. Der Erhalt und die Weiterentwicklung der Filmkultur sind uns Freien Demokraten ein wichtiges Anliegen.

Wir wollen uns für einen Ort der zeitgenössischen Künste in Bonn einsetzen. Gemeinsam mit der Verwaltung sollen dafür geeignete Grundstücke und Gebäude geprüft und zur Verfügung gestellt werden. Wir begrüßen, dass das Areal des Alten Schlachthofs an der Immenburgstraße auch für junges Kulturleben entwickelt und in Zusammenarbeit mit einem privaten Investor und Betreiber zu einem multifunktional genutzten Veranstaltungsort („Poptempel“) umgebaut wird.

Die Freien Demokraten wollen sich für eine stärkere finanzielle Förderung der Produktionen der Freien Szene in allen Kunstsparten sowie der Jugendkultur einsetzen. Die Kommunikation mit der Stadt soll durch die Etablierung eines städtischen Ansprechpartners verbessert werden.

Ordnungsrechtliche Rahmenbedingungen für Straßenmusiker müssen gelockert werden. Dazu gehört in erster Linie eine völlige Abschaffung der Genehmigungspflicht und damit einhergehend eine Aufhebung der maximalen Anzahl von Straßenmusikern für bestimmte Gebiete.

Museen ausreichend ausstatten

Die internationale Wahrnehmung und Anerkennung ihrer Museen ist für Bonn als UN-Stadt unverzichtbar. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Bonner Museen personell und finanziell ausreichend ausgestattet sind, um ihrem internationalen Ansehen weiter gerecht werden zu können. Dazu gehören vor allem Unterstützung bei der Digitalisierung, der Kunstvermittlung sowie einer verstärkten Akquise vom Land Nordrhein-Westfalen für Museen bereit gestellter Fördermittel.

Stadtarchiv angemessen unterbringen

Das Betreiben eines kommunalen Archivs ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe und keine freiwillige Leistung. Die aktuelle Unterbringung des Stadtarchivs ist baulich unzureichend. Regelmäßig auftretende Wasserschäden gefährden den Bestand. Deshalb sollen die bestehenden Pläne zum Umbau und der Erweiterung der ehemaligen Pestalozzi-Schule in ein modernes Archiv mit hoher Dringlichkeit weiterverfolgt und umgesetzt werden.

Bibliotheken und Volkshochschule sichern

Die Stadtbibliothek und ihre Zweigstellen sowie die Volkshochschule im Haus der Bildung sind bedeutende städtische Bildungseinrichtungen für alle Bonnerinnen und Bonner. Die Freien Demokraten setzen sich für eine langfristige finanzielle Absicherung und eine bessere Ausstattung in der Digitalisierung ein.

Wir begrüßen die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen für benutzerfreundlichere Öffnungszeiten bei den Bibliotheken. Dadurch wird unser Bemühen unterstützt, zusammen mit ehrenamtlichen und inklusiven gemeinnützigen Vereinen Bibliotheken wieder mehr zum Teil des gesellschaftlichen Lebens zu machen und für alle Gruppen der Gesellschaft neu zu öffnen.

Öffnung und Inklusion verbessern

Öffentliche Kulturinstitutionen sind Vorbilder hinsichtlich sozialer Offenheit und Inklusion. Sie sollten sich gezielt bemühen, Bürger in ihrer ganzen Vielfalt unserer Stadtgesellschaft anzusprechen und zu interessieren.

Wir werden eng mit den Bonner Kulturinstitutionen und der Stadtverwaltung zusammenarbeiten, um Modellprojekte für eine inklusive Öffnung von Kulturinstitutionen nach dem Vorbild anderer Städte wie Essen zu starten. Das Schauspiel in Bad Godesberg hat in 2019 dafür schon erste erfolgreiche Schritte getan. Ein weiterer Ausbau sollte auf geeignete Weise gefördert werden, auch durch den Abbau von Auflagen und unnötiger Bürokratie.

Der Zugang von Studierenden zu den Kulturangeboten in Bonn bedarf ebenfalls einer Reform. Die Stadt darf nicht länger die Studierenden der Universität dazu benutzen, ihre Theater zu subventionieren. Lediglich Restkartenkontingente geringfügig vergünstigt anzubieten und dafür allen Studierenden eine halbjährliche Gebühr abzuverlangen, entspricht nicht unserer Vorstellung davon, Kultur zugänglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, die entsprechenden Verträge mit der verfassten Studierendenschaft in ihrer jetzigen Form aufzuheben und durch ein faires und treffsicheres Verfahren zu ersetzen.

KiTa

so flexibel

wie das Leben.

Kinder, Jugend und Familie.



Ihr Ansprechpartner:



Achim Schröder

a.schroeder@fdp-bonn.de

Der Ausbau von Bonn als kinderfreundliche Stadt und die Schaffung eines familienfreundlichen Umfelds sind für uns von großer Bedeutung. Familien sollen gerne in unserer Stadt wohnen und Kinder hier alle Chancen erhalten, die sie für ein selbstbestimmtes Leben benötigen.

Kinderbetreuungsangebot weiter ausbauen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist uns Freien Demokraten ein besonderes Anliegen. Mit Unterstützung der schwarz-gelben Landesregierung haben wir in der vergangenen Wahlperiode zusammen mit unseren Koalitionspartnern den Ausbau der Kinderbetreuung vorangetrieben. Für uns gilt der Grundsatz: Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz benötigt, soll ihn bekommen.

Bei Kindern unter drei Jahren ist es gelungen, das Betreuungsplatzangebot in den letzten Jahren von rund 40 auf über 50% zu steigern. Der Bedarf ist damit aber immer noch nicht gedeckt. Eine Angebotslücke besteht insbesondere bei Kindern unter zwei Jahren. Wir wollen Eltern unmittelbar nach Ablauf des Elterngelds wieder eine Rückkehr in ihren Beruf ermöglichen. Um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen, setzen wir auf die Gleichberechtigung von Kindertagesstätten und Tagespflege.

Die Finanzierung der Kinderbetreuung hat sich seit 2017 durch den großen Einsatz unseres liberalen NRW-Familienministers Dr. Joachim Stamp deutlich verbessert. Die angespannte finanzielle Situation vieler freier Kita-Träger als auch der Tagespflegepersonen hat sich seitdem spürbar erholt. Der Ausbau der Plätze und eine weitere Steigerung der Qualität des Bildungsangebots vor der Einschulung haben für uns oberste Priorität. Die Belastung der Eltern mit Beiträgen für die Kinderbetreuung soll sich weiterhin nach der individuellen Leistungsfähigkeit richten. Wenn jedes Kind einen Platz gefunden hat, an dem es optimal gefördert wird, wollen wir schrittweise die Beiträge senken. Die unterschiedlichen Betreuungsmodelle sollen grundsätzlich gleichgestellt werden. Eltern mit Kindern über drei Jahren dürfen keine höheren Beiträge für die Betreuung in der Tagespflege als in einer Kindertagesstätte zahlen.

Unser erklärtes Ziel ist, dass jedes Kind im Vorschulalter einen Platz in höchstens drei Kilometer Entfernung vom Wohnort erhält. Die im Kindergartenbedarfsplan identifizierten Lücken müssen schnell geschlossen werden. Bauvorhaben von Kindergärten müssen in einem beschleunigten Verfahren umgesetzt werden. Freie Träger von Kindertageseinrichtungen, zum Beispiel Elterninitiativen, sollen nach Möglichkeit Vorrang vor städtischen Angeboten haben. Bürgerinnen und Bürger sollen so für ihr wichtiges Engagement Unterstützung finden.

Betreuungsmodelle und Öffnungszeiten sollen insbesondere auf die Belange berufstätiger Eltern Rücksicht nehmen. Das Angebot der inklusiven Betreuung muss weiter ausgebaut werden. Flüchtlingsfamilien wollen wir ebenfalls nicht aus den Augen verlieren, denn ein Platz in einer Betreuungseinrichtung beschleunigt die Integration der Kinder wesentlich.



Unser Ziel ist es, die Talente und Fähigkeiten jedes Kindes passgenau zu fördern. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist dabei die Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und der Grundstein unseres Bildungskonzepts. Daher wollen wir die Sprachförderung der Kinder in den Betreuungseinrichtungen weiter verbessern.

Offener Ganztag und Kinder- und Jugendarbeit stärken

Jugendhilfe hört nicht mit dem Schuleintritt auf. Auch der Bedarf an Plätzen im Offenen Ganztag an Grundschulen (OGS) ist in den letzten Jahren sehr deutlich gestiegen. Als Ratskoalition haben wir erreicht, dass der Zuwachs an OGS-Plätzen von 150 auf 300 pro Jahr gestiegen ist.

Viele Schulen kommen trotz Mitnutzung der Klassenräume für die Nachmittagsbetreuung an ihre baulichen Kapazitätsgrenzen. Wir setzen uns dafür ein, das OGS-Angebot sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht weiter auszubauen. Soweit möglich und erforderlich sollen auch bauliche Maßnahmen ergriffen werden.

Für Kinder stellt die OGS-Betreuung auch ein wichtiges Freizeitangebot dar. Sie leistet damit auch einen unverzichtbaren Beitrag zu Integration und Teilhabe.

Gleichzeitig ist sie wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch wenn im Vergleich zum Landesdurchschnitt das OGS-Platzangebot in Bonn sehr hoch ist, wollen wir es in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter ausbauen. Für jedes Kind, das einen OGS-Platz benötigt, soll einer zur Verfügung stehen.

Unsere Kleinsten schützen

Der Kinderschutz in Bonn ist für uns von herausragender Bedeutung. Wir werden unser Kinderschutzkonzept weiterentwickeln und wollen Willkommensbesuche von Familienhebammen und ehrenamtliche Patenschaften fördern. Familien sollen bei der Erziehung ihrer Kinder besser unterstützt und die Hilfen zur Erziehung verbessert werden. Familien können am besten selbst ihren Kindern die Sicherheit und Fürsorge geben, die sie brauchen. Wir wollen sie mit niedrigschwelligen Angeboten der Familienberatung und individuellen Hilfen zur Erziehung unterstützen, damit sie Krisen eigenständig überwinden können. Uns sind die Familienzentren besonders wichtig, weil sie die Hilfsangebote an einer Kindertagesstätte bündeln und leicht zugänglich machen.

Jugendarbeit stärken

Jugendliche verbringen mittlerweile durch die Ausdehnung der Betreuungszeiten und der damit verbundenen Freizeitangebote einen wesentlich größeren Teil ihrer Tageszeit in der Schule als noch vor einigen Jahren. Trotzdem besteht immer noch ein großer Bedarf niedrigschwelliger Angebote und Anlaufstellen, an denen Kinder und Jugendliche sich treffen und miteinander Zeit verbringen können.

Wir wollen das bereits vorhandene städtische Angebot weiter stärken und ausbauen. Dabei muss eine erfolgreiche Jugendarbeit zeitgemäß sein. Angebote müssen über soziale Medien oder spezielle Apps verbreitet werden. Städtische Jugendeinrichtungen müssen eine attraktive IT-Ausstattung erhalten, sodass beispielsweise auch Angebote im Bereich E-Sport geschaffen werden können.

Auch die sozialpädagogische Arbeit in den Jugendzentren soll weiter gestärkt und ausgebaut werden, um so frühzeitig physische oder psychische Gewalt

wie Mobbing gegenüber Kindern und Jugendlichen erkennen zu können. Gegenmaßnahmen können dann schnell ergriffen werden. Außerdem sehen wir kommunale Kooperationen mit offenen Werkstätten wie dem "MakerSpace Bonn" als zukunftsweisend an. Bonn muss auch bei der Jugendarbeit eine „Smart City“ werden.

Auf Augenhöhe mit den jungen Bonnern

Kinder sollen von klein auf erfahren, dass die Erwachsenen ihre Wünsche ernst nehmen. Erwachsene sollen weniger über sie, sondern mehr mit ihnen diskutieren. Wir wollen Kinder und Jugendliche bei den Vorhaben, die sie betreffen, stärker einbeziehen. Sie sollen zum Beispiel bei der Planung von Spielplätzen und Freizeiteinrichtungen eigene Vorschläge einbringen können.

Bonn ist eine junge Stadt. Rund ein Sechstel ihrer Bürgerinnen und Bürger sind unter 18 Jahre alt. Wir möchten, dass sie sich an der Weiterentwicklung unserer Stadt beteiligen können. Es müssen Beteiligungsformen gefunden werden, die für junge Menschen attraktiv und leicht zugänglich sind.

Wir setzen dabei auf echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Form eines Kinder- und Jugendparlaments. Uns ist dabei wichtig, dass sich junge Menschen, bevor sie die Volljährigkeit erreicht haben und ein kommunal-politisches Mandat ausüben können, am politischen Diskurs beteiligen können. Insbesondere bei Themen, die Kinder und Jugendliche zentral betreffen, fordern wir ein echtes Mitspracherecht. Hierzu sollten Jugendliche aktiv an der Ausschussarbeit beteiligt oder ein Kinder- und Jugendgremium eingerichtet werden, das beratend zu jugendpolitischen Projekten mitsprechen kann und vom Jugendparlament gestellt wird.

Zusätzlich schlagen wir vor, Foren oder Workshops einzurichten, die eine Online-Partizipation zu jugendpolitischen Fragen ermöglichen. Dadurch kann eine breite Masse an jungen Menschen angesprochen werden. Über diese Formate können sie unkompliziert mit der Verwaltung und politischen Entscheidungsträgern in Kontakt treten und eigene Positionen einbringen.

Mir all

sin Bönnsche.

Integration.

Ihr Ansprechpartner:



Tekin Celiköz

t.celikoez@fdp-bonn.de



Wir stehen für ein weltoffenes und freiheitliches Bonn. Daher wenden wir uns entschieden gegen Diskriminierung, Rassismus, Pauschalurteile und die politische Instrumentalisierung von Ängsten. Für uns kommt es nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern wohin jemand mit uns will. Für uns ist es selbstverständlich, dass alle, egal welcher Herkunft, die gleichen Rechte und Pflichten genießen.

In den Jahren 2015 und 2016 wurde Deutschland durch die hohe Zahl an Asyl- und Schutzsuchenden, die vor Krieg, Verfolgung und Not aus ihrer Heimat geflüchtet sind, vor bisher nie dagewesene Herausforderungen gestellt. Die Versorgung der Flüchtlinge ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, bei der die Kommunen die Hauptlast tragen. Auch die Stadt Bonn ist bei der Unterbringung der Geflüchteten an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gegangen.

Mittlerweile hat sich die Lage (vorübergehend) entspannt. Zurzeit sind wieder freie Kapazitäten in den Bonner Erstaufnahmeeinrichtungen zu verzeichnen.

Der wesentlich langwierigere Prozess der Integration dieser vielen Einwanderinnen und Einwanderer ist aber noch nicht abgeschlossen und wird Bund, Land und Kommunen noch für lange Zeit beschäftigen.

Kontrollierte Einwanderung ist in Deutschland erwünscht und notwendig. Die überwältigende Mehrheit der Einwanderinnen und Einwanderer lebt in unserer Gesellschaft integriert und sie sind als neue Nachbarinnen und Nachbarn Teil unserer Gesellschaft. Wegen der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels werden wir in Deutschland auch weiterhin auf Zuwanderung angewiesen sein. Wir sind stolz darauf, dass Menschen aus allen Teilen der Welt nach Bonn ziehen, um hier zu leben, zu lernen und zu arbeiten.

Integration bedeutet auch Akzeptanz von Zuwanderung

Integration bedeutet nicht Assimilation (Angleichung), aber auch eine Segregation (Spaltung) von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen darf nicht entstehen. Wenn Menschen sich von der Mehrheitsgesellschaft abwenden und nur in den eigenen Gemeinschaften verkehren, führt das im Alltag zu erheblichen Problemen.

Zum einen schadet es den Einwanderern, die mit der Stadtgesellschaft nicht vertraut werden und die Chancen unserer Gesellschaft nicht vollständig wahrnehmen können. Es schadet aber auch den länger ansässigen Bürgerinnen und Bürgern, die in Wohnvierteln mit einem hohen Anteil nicht integrierter Einwanderinnen und Einwanderer sich und ihren gewohnten Alltag bedroht fühlen. Daraus entstehende Ablehnung, die zu Unrecht auf alle Menschen mit Einwanderungsgeschichte übertragen wird, löst wiederum bei diesen das Gefühl aus, in der Stadtgesellschaft nicht erwünscht, sondern nur geduldet zu sein. Diesen Kreislauf von fehlender Akzeptanz auf beiden Seiten müssen wir durchbrechen. Ob Migration gelingt oder scheitert, entscheidet sich durch Engagement vor Ort.

In Bonn lebt eine wachsende Zahl von Muslima und Muslimen unterschiedlicher Herkunft. Wir treten dafür ein, dass sie für sich Gebetsräume schaffen können. Für die Akzeptanz von Moscheen ist ein umfassender Dialog hilfreich.

Er dient dazu, Ängste und Vorbehalte abzubauen und trägt zum fairen Miteinander zwischen den Religionsgemeinschaften und insgesamt allen Teilen der Stadtgesellschaft bei. Für uns gehört hierzu aber auch der kritische Dialog der Bonner Moscheevereine mit ihren Dachverbänden.

Sprache und Bildung als Motoren der Integration

Die wichtigsten Schlüssel für gelungene Integration sind Sprache und Bildung. Ohne eine gemeinsame Sprache misslingt Kommunikation und das friedliche Zusammenleben kann gefährdet sein. Für Einwanderinnen und Einwanderer und besonders für Kinder und Jugendliche gilt: Wer die deutsche Sprache beherrscht, hat deutlich bessere Chancen im Beruf, aber auch bei der individuellen Entfaltung in unserer Gesellschaft. Daher unterstützen die Freien Demokraten alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Hier tragen insbesondere Kitas und Schulen große Verantwortung und müssen größtmögliche Unterstützung erfahren.

Wir setzen uns zudem für Integrationslotsen ein, die beim Gang zu Behörden oder Elternsprechtagen helfen. Die Freien Demokraten wollen darüber hinaus, dass mit aufsuchender Sozialarbeit noch nicht integrierten Menschen Perspektiven zur Integration und damit neue Chancen aufgezeigt werden. Dabei handelt es sich um besonders niederschwellige und lebensweltnahe Angebote.

Integration bedeutet Teilhabe

Der öffentliche Dienst soll ein Abbild unserer Gesellschaft sein. Wir setzen uns für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein. Wir wollen, dass Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte in allen Ämtern angemessen vertreten sind und werden die Verwaltung bei der gezielten Gewinnung fachlich geeigneten Personals mit ausländischen Wurzeln unterstützen. Diese Menschen zeigen mit ihrer Tätigkeit bei Verwaltung, Schule und Kitas, dass sie sich mit Bonn und den Werten unserer Gesellschaft identifizieren. Als Vorbilder können sie gerade Kinder und Jugendliche positiv prägen.

Wir wollen, dass sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte aktiver in der Politik vor Ort engagieren. Wer dauerhaft hier lebt, muss sein Lebensumfeld mitgestalten können. Dazu gehört, ihre oder seine Interessen und Sichtweisen in die politischen Entscheidungen einbringen zu können. Demokratie lebt von der Vielfalt der Ideen. Wir laden deshalb ausdrücklich gerade auch Bürgerinnen und Bürger mit Einwanderungsgeschichte ein, bei uns in der FDP mitzuwirken und aktiv kommunale Politik zu gestalten.

Integration als Gemeinschaftsaufgabe verstehen

Weltweit waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und politischer Verfolgung. Daher werden wir auch in Zukunft mit steigenden Flüchtlingszahlen konfrontiert werden. Wir stehen klar zu unserer humanitären und moralischen Verpflichtung, Menschen auf der Flucht zu schützen.

Die zumeist jungen Menschen kommen mit der Hoffnung, hier in Frieden und Freiheit zu leben. Einige bringen jedoch auch Konflikte ihrer Heimatländer mit. Wir erkennen die damit verbundenen Herausforderungen für unser Zusammenleben, sowohl zwischen verschiedenen Gruppen von Einwanderinnen und Einwanderern als auch mit der Mehrheitsgesellschaft. Wir setzen uns in Bonn für offenen Dialog und Mediation ein.

Integration gelingt vor Ort: Die ehrenamtlich engagierten Bonnerinnen und Bonner und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben bei der Unterbringung, Betreuung und Integration Großartiges geleistet. Dazu hat insbesondere das selbstlose Engagement vieler ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Ihnen zollen wir großen Respekt und danken ihnen.

Wir sprechen aber offen an, dass es zu einer Überforderung von Kommunen, sozialen Einrichtungen und vielen ehrenamtlich Tätigen kommen kann. Bund und Land müssen hier weiterhin Verantwortung übernehmen und die Kommunen unterstützen sowie mit den notwendigen Mitteln ausstatten, um die große Herausforderung zu bewältigen.

**Unsere Umwelt
schützen wir
nur zusammen.**

Umwelt.



Ihre Ansprechpartnerin:



Susanne Heinrichs
s.heinrichs@fdp-bonn.de

Wir Freien Demokraten sehen Umwelt- und Klimaschutz als eine Kernaufgabe von Staat und Gesellschaft an. Unser politisches Handeln verfolgt das Ziel, dass auch nachfolgende Generationen in einer intakten Umwelt bei stabilem Klima zusammenleben können. Dies kann nur durch gesamtgesellschaftliches Handeln und technologische Innovation gelingen. Der Klimawandel muss vor allem auf globaler Ebene bekämpft werden. Dennoch können wir auch auf kommunaler Ebene einen wichtigen Beitrag leisten und ein Bewusstsein schaffen. Bei Klimaschutzmaßnahmen muss darauf geachtet werden, dass sie unter breiter Beteiligung der Bevölkerung ausgearbeitet und getroffen werden. Nur so erhalten sie die notwendige Akzeptanz. Sie sollten wirtschaftlich angemessen, sozialverträglich, effektiv und effizient sein.

Bonn wird klimaneutral

Wir Freien Demokraten bekennen uns zu dem Ziel, dass Bonn bis 2035 klimaneutral sein wird. Dabei wollen wir mit den Bereichen beginnen, die besonders hohe Emissionen verursachen.

Die städtischen Kläranlagen haben einen großen Anteil am kommunalen Stromverbrauch. Eine Bündelung der vier Kläranlagen an einem gemeinsamen Standort am Salierweg würde die Energie- und CO₂-Bilanz deutlich verbessern. Die Stadt muss bei ihren Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen. Schnelle energetische Sanierungen, vor allem auch von Schulen und Kitas, schonen das Klima und sparen Kosten.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen einen Beitrag zur Reduktion von CO₂ leisten. Die Stadt kann sie unterstützen, indem sie Thermografiebefliegungen durchführen lässt. Mit dieser innovativen Methode können Wärmebilder eines jeden Gebäudes erstellt und Wärmeverluste aufgezeigt werden. Auf dieser Basis können dann Beratungsangebote zu persönlichen Einsparpotenzialen erstellt werden.

Bei Neubauten setzen wir uns vor allem für eine Bauweise aus Holz ein, da die Herstellung von Baustoffen wie Zement, Eisen oder Stahl das Klima stark belastet. Darüber hinaus bindet Holz klimaschädliche Treibhausgase aus der Atmosphäre. In einem ersten Schritt eignen sich hierfür die Neuerrichtungen von Kitas und anderer kleinerer Gebäude.

Bei der Beleuchtung des öffentlichen Raumes wollen wir die Balance wahren zwischen der Vermeidung von Stromverschwendung und Lichtverschmutzung einerseits und der erhöhten Verkehrs- und persönlichen Sicherheit andererseits. Dafür soll der vermehrte Einsatz von Bewegungsmeldern im öffentlichen Raum geprüft werden. Denn wo niemand unterwegs ist, kann die Beleuchtung automatisch energiesparend herunter gedimmt werden.

Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden müssen verstärkt ausgebaut werden. Die Prüfung der Installation sollte im Planungsprozess verpflichtend sein. Die Förderung von Photovoltaik für private Nutzer ist auch eine städtische Aufgabe. Hierfür muss noch stärker geworben werden. Die Stadtwerke Bonn sind der erste Kooperationspartner bei der Errichtung. Aber auch Dritten sollte die Möglichkeit offen gestellt werden, städtische Dachflächen zwecks Errichtung einer Photovoltaikanlage zu pachten.



Anpassung an neue Herausforderungen gestalten

Die Veränderung des Stadtklimas stellt Bonn vor neue Herausforderungen. Die Gesundheit der Bonnerinnen und Bonner und die allgemeine Lebensqualität leiden unter Hitzewellen im Sommer, die sich durch die Kessellage von Bonn mit wenig Luftzirkulation besonders belastend auswirken.

Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas:

- Instandsetzung und Ausbau von Brunnen und weiteren Wasserbecken, um durch Verdunstungseffekte Abkühlung zu bewirken
- Verwendung heller Fahrbahnbeläge bei Erneuerungen und Neubau von Straßen. Dadurch werden die starken Aufheizungseffekte vermieden. Auch die Beschattung durch Straßenbäume kann hierzu beitragen
- Bessere Hitzeisolation von Gebäuden. Städtische Gebäude sollen zunehmend mit hellen Fassaden ausgestattet und Wandbeschattungen eingesetzt werden
- Bessere Verschattung von öffentlichen Plätzen und Spielplätzen durch Bäume.



Wir fordern einen besseren Schutz der Kanalisation durch Erweiterung und Erhöhung der Notüberläufe. Bei der Neuanlage von Parkplätzen sollte immer auf eine Durchlässigkeit des Belags geachtet werden. Grundsätzlich setzen wir uns für die Entsiegelung von Flächen ein, um mehr natürliche Abflussmöglichkeiten zu schaffen.

Zu den erforderlichen Anpassungsmaßnahmen gehört auch ein nachhaltiges Regenwassermanagement. Zunehmende Dürresommer führen die Wasserversorgung über Talsperren an ihre Grenzen, erhöhen den Bedarf der Landwirtschaft zur Bewässerung und damit die Ausbeutung der Grundwasservorräte. Sie steigern den Bedarf der Städte für die Bewässerung von Grünflächen und lassen die Waldbrandgefahr anwachsen.

Lebendige und grüne Stadt Bonn

Bonn birgt eine Vielzahl unterschiedlicher Landschaftselemente und besitzt eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt. Die Rheinaue, der Ennert und der Kottenforst sind gute Beispiele dafür, dass Bonn eine grüne Stadt ist, die bereits mit dem Label "StadtGrün naturnah" ausgezeichnet wurde.

Pflanzen in der Stadt speichern nicht nur zuverlässig CO₂, sondern machen unsere Stadt auch lebenswerter. Sie kühlen die Umgebung ab, verbessern die Luftqualität und verschönern das Stadtbild. Wir setzen uns deshalb für die Begrünung von Fassaden und Dächern ein. Begrünungen dienen als natürliche Filter zum Beispiel an stark frequentierten Hauptstraßen. Sie lockern nicht nur

das Stadtbild auf, sondern leisten auch einen wertvollen Beitrag zur Verminderung der Schadstoff- und Feinstaubbelastung.

Bäume haben eine immense klimatisch positive Funktion. Wir Freie Demokraten wollen den Erhalt und Schutz von Bäumen in Bonn weiterhin mit einer Baumsatzung sicherstellen. Die Fällung von Bäumen soll ab einem bestimmten Umfang genehmigungspflichtig und mit der Auflage von angemessenen Ersatzpflanzungen verbunden bleiben.

Bei der Verpachtung von städtischen Landwirtschaftsflächen sind biologische / ökologische und konventionelle Betriebe gleichberechtigt zu behandeln, soweit diese nachhaltig wirtschaften. Dazu gehört für uns beispielsweise das Anlegen von Blühstreifen, eine abwechslungsreiche Fruchtfolge und der Einsatz innovativer Technologien. Die 2019 begonnene Aufforstung des Bonner Stadtwalds mit klimastabilen Baumarten wie Eichen, Hainbuchen, Winterlinden und Kirschen wollen wir konsequent weiterverfolgen und damit einen Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten.

Zu einer lebendigen Stadt und einem intakten Ökosystem gehören nicht zuletzt auch Insekten, für die wir verstärkt Blühflächen anlegen wollen. Hierfür eignen sich vor allem städtische Grünflächen wie Friedhöfe und Parks, aber auch Dächer von Gebäuden und Haltestellen.

Zur Erhaltung von Natur und Landschaft und zur Wahrung von Erholungsräumen sprechen wir uns gegen weitere Eingriffe in Natur- und Landschaftsschutzgebiete aus. Aus unserer Sicht liegen hier die Grenzen des Wachstums bebaubarer Flächen im Bonner Stadtgebiet.

Bonn ist als UN- und Bundesstadt der ideale Ort, um hier ein zweites Mal die Bundesgartenschau auszurichten. Die Bundesgartenschau könnte als thematischen Schwerpunkt zeigen, wie wir in Zukunft wohnen wollen und wie städtische Infrastruktur im Einklang mit Natur- und Umweltschutz gelingen kann. Die Gestaltung der Rheinaue für die Bundesgartenschau 1979 hat die Stadt nachhaltig positiv geprägt. Wir fordern deshalb eine erneute Bewerbung.

Bonn sauberer machen

Unsere Stadt muss sauberer werden. Zur Müllvermeidung sollten mehr Mülleimer an hoch frequentierten Orten aufgestellt werden. Leerungen sollten dort, wo es regelmäßig zu Überfüllungen kommt, häufiger durchgeführt werden.

Zur Müllvermeidung im öffentlichen Raum wollen wir verstärkt auf Aufklärungskampagnen setzen. Dabei könnte ein besonderer Fokus auf die Belastung der Umwelt durch weggeworfene Zigaretten und Kaugummis gelegt werden. Kontrollen an stark vermüllten Orten sollen erhöht und auf die Vermeidung von Müll in Landschaftsschutzgebieten besonders hingewiesen werden.

Die Stadtverwaltung soll zudem einen zentralen Ansprechpartner für vermüllte oder verschmutzte Stellen in der Stadt benennen, der für die Bürgerinnen und Bürger bequem erreichbar ist. Das bestehende Online-Portal <http://anliegen.bonn.de>, mit dem eventuelle Schandflecke in der Stadt schnell gemeldet und beseitigt werden können, soll auch als nutzerfreundliche App zur Verfügung stehen.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass in der Klärschlammkooperation Rheinland Lösungen gefunden werden, um in einer Monoverbrennungsanlage den Klärschlamm möglichst effizient zu verwerten. Dies schließt die Phosphorrückgewinnung und die energetische Nutzung als Fernwärme ein.

Lärmschutz und Luftreinhaltung sind Grundvoraussetzungen für die Lebensqualität in Bonn. Wir setzen uns daher für die Nutzung umweltfreundlicher Kraftstoffe bei den Fahrzeugen des öffentlichen Nahverkehrs ein. Dabei sind wir ideologiefrei und offen für alle Technologien und wollen zum Beispiel Wasserstofftechnologie, synthetische Treibstoffe und eine effizientere herkömmliche Verbrennung zulassen. Zur Lärminderung und Erhöhung der Attraktivität von Wohngebieten wollen wir auf die Deutsche Bahn einwirken, dass insbesondere zur Nachtzeit die Geschwindigkeit des zunehmenden Güterverkehrs durch das links- und rechtsrheinische Stadtgebiet reduziert wird.



**Für ein
zukunftsfähiges
Bonn**

Planungsblockaden

sprengen.

Stadtplanung,

Bauen und Wohnen.

Ihr Ansprechpartner:



Frank Thomas

f.thomas@fdp-bonn.de

Stadtplanung clever gestalten

Das Zentrum ist die Visitenkarte Bonns und gleichzeitig Raum zum Leben und Einkaufen. Die Gestaltung der Innenstadt bestimmt ganz wesentlich den Lebenswert unserer Stadt. Bonn muss unverwechselbar bleiben. Bonn ist außerdem eine Stadt mit hoher Kaufkraft. Daran muss sich die planerische und gestalterische Ausstattung der Innenstadt orientieren.

Chancen für die weitere Entwicklung der Innenstadt liegen unter anderem darin, sie zum Rhein hin zu öffnen, mit den umliegenden Stadtteilen stärker zu verknüpfen und die Universität besser in die Innenstadt einzubinden. Wir fordern dafür eine Erneuerung und Belebung der Rheinpromenade und eine

bessere Verbindung von Rhein und Stadtzentrum. Dabei ist die Sperrung des Brassertufers zwischen den Straßen Zweite Fährgasse und Rheingasse eine Prüfungsoption, wenn der gewonnene Platz für vielfältige gastronomische und kulturelle Angebote genutzt wird. So wird die Bonner Uferseite deutlich attraktiver und für ankommende Touristen via Schiff zu einem freundlichen Entrée zur Innenstadt hin, welches eine hohe Aufenthaltsqualität bietet.

Der Masterplan „Innere Stadt“ bietet ein gutes Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung des Bonner Zentrums. Wir setzen uns dafür ein, den Masterplan zu vervollständigen und umzusetzen. Insbesondere die Ablösung des Cityrings durch einen Citybogen und die damit einhergehende Verkehrsberuhigung zwischen dem Belderberg und dem Busbahnhof sowie vor dem Hauptbahnhof unterstützen wir. Die planlose und sofortige Kappung des Cityrings wollen wir rückgängig machen. Für die Gestaltung des zukünftigen Cityrings fordern wir daher einen Neustart der Diskussion mit frühzeitiger Einbeziehung aller Interessierten, Betroffenen und Verbände.

In den nächsten Jahren sind wichtige Entscheidungen über die Zukunft des Stadthauses und der Bonner Oper zu treffen. Für den Fall der Sanierung des Stadthauses fordern wir, das Umfeld durch den Abriss des Sockelbaus neu zu gestalten und aufzuwerten. Das Stadthaus darf nicht länger der architektonische Fremdkörper in der Innenstadt sein. Für den Bereich der Oper ist aus Sicht der Stadtplanung auch in Zukunft eine öffentliche Nutzung vorzusehen. Für das Viktoriakarree muss umgehend ein neues Konzept erstellt werden, wenn sich die Vorstellungen der Bürgerwerkstatt nicht verwirklichen lassen.

Wir begrüßen grundsätzlich die Rahmenplanung für das Bundesviertel. Sie macht die Möglichkeiten der zukünftigen Entwicklung von Stadt und Region mit den zur Verfügung stehenden Flächen sichtbar. Eine Umsetzung kann erst im Zuge eines größeren öffentlichen, politischen und fachlichen Diskurses erfolgen, der in den nächsten Jahren geführt werden muss. Wir fordern dabei auch die Beantwortung aller infrastrukturellen Fragen, insbesondere bezüglich des damit verbundenen deutlich höheren Verkehrsaufkommens in der gesamten Stadt und dem Rhein-Sieg-Kreis.



Auch deshalb fordern wir vor dem Hintergrund täglicher Verkehrsinfarkte, unverzüglich mit einer umfassenden und mutigen Weiterentwicklung der Verkehrsplanung in und um Bonn zu beginnen. Die bereits jetzt beschlossenen Maßnahmen sind mit höchster Priorität umzusetzen.

Die Idee des „Aire Tower“ begrüßen wir. Die architektonische Gestaltung und der Standort müssen jedoch überdacht werden. Die Stadt Bonn darf dafür keine finanziellen Verpflichtungen eingehen.

Bauen und Wohnen langfristig planen

Bonn wächst. Bis 2040 rechnen wir mit einem Anstieg der Bevölkerung auf bis zu 365.000 Einwohner. Schon heute gibt es zu wenig Wohnungen in Bonn. Die Zahl der täglich in die Stadt pendelnden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt bei 56%.

Ausreichender Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für Bonn als Wirtschafts- und Arbeitsstandort und die Steuereinnahmen der Stadt. Zwar haben wir in den letzten Jahren ausreichend Bebauungspläne auf den Weg gebracht, aber die Umsetzung bleibt leider hinter dem Bedarf zurück. In diesem Bereich schneller zu werden hat für uns höchste Priorität. Das Ziel des Agglomerationskonzepts der Region Köln/Bonn, Wohnungen an Schienenstrecken anzusiedeln, wollen wir deshalb in enger Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis konsequent verfolgen. Aufgrund fehlender Flächen werden innerhalb des Stadtgebiets nur Lösungen im Rahmen von Nachverdichtung, Baulückenschließung und Konversion von Altbeständen möglich sein.

In Bonn gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Wir setzen uns deshalb für den sozialen Wohnungsbau ein. Überbordende Bauvorschriften dürfen ihn nicht unfinanzierbar machen. Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir die städtische Tochterfirma Vereinigte Bonner Wohnungsbau AG

(VEBOWAG) mit dem nötigen Kapital ausgestattet und wollen in der Zukunft städtische Grundstücke an die VEBOWAG verkaufen. Das Bonner Baulandmodell (40% bezahlbarer Wohnraum) wollen wir auf seinen Nutzen dahingehend überprüfen, ob mögliche Investoren wegen ihrer Beteiligung an den Kosten der Infrastruktur überfordert werden.

Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sorge um eine zu starke Verdichtung ernst. Wir wollen sie deshalb in die Planungen der Stadt einbeziehen. Deshalb wollen wir besonders bei größeren Bauvorhaben mehr Bürgerwerkstätten durchführen.

Insbesondere für die Baulückenschließung und Nachverdichtung setzen wir auf den privaten Wohnungsbau. Eigeninitiativen von Eigentümern wollen wir fördern und setzen uns für die Beschleunigung von Baugenehmigungen ein.

Das sogenannte Einfügungsgebot nach § 34 Baugesetzbuch im Rahmen der Prüfung, ob sich ein Neubau in die nähere Umgebung einfügt, führt oft zu Streit. Durch eine umsichtige Vorausplanung mit Bebauungsplänen können Streitigkeiten und damit verbundene Verzögerungen vermieden werden. Wir werden die Stadt dazu drängen, hier schneller tätig zu werden. Auch das sogenannte Baulückenschließungsprogramm muss durch die Stadt fortgesetzt werden.

Die Zweckentfremdungssatzung der Stadt Bonn soll den dauerhaften Entzug von Wohnraum durch die gewerbliche Fremdvermietung vermeiden. Das gilt insbesondere für den Medizintourismus im Stadtbezirk Bad Godesberg. Wir werden ihre Durchsetzung und Wirksamkeit laufend überprüfen.

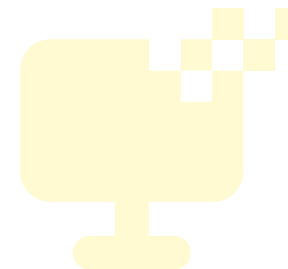
Regelungen, die den Besitzern unverhältnismäßig kleinteilige Vorschriften zum Erscheinungsbild ihrer Immobilie machen, wollen wir auf den Prüfstand stellen.

Wir treten dafür ein, dass das gesamte Baugenehmigungsverfahren nach Registrierung in einem „Bauportal Bonn“ vollständig online abgewickelt werden kann.

Vom Sofa aus

aufs Amt.

Digitalisierung und Verwaltung.



Ihr Ansprechpartner:



Bernd Fesel

b.fesel@fdp-bonn.de

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche bietet viele Chancen - gerade auch für die kommunale Ebene. Durch sie können wir unserem liberalen Leitbild eines unkomplizierten Staats ein großes Stück näher kommen. Behördengänge sollen zu einem großen Teil überflüssig werden. Informationen stünden leichter und schneller zur Verfügung. Das Verwaltungshandeln würde transparenter werden und auch die Kommunikation mit staatlichen Stellen würde sich vereinfachen.

Das FDP-geführte NRW-Wirtschaftsministerium hat eine umfangreiche Digitalisierungsstrategie aufgelegt, an der wir in Bonn partizipieren wollen. Wir fordern daher die Verwaltung dazu auf, sich an den dort beschriebenen Modellvorhaben zu beteiligen.

Bonns Stadtverwaltung muss digitaler werden

Die Bonner Stadtverwaltung hat bei der Digitalisierung noch Nachholbedarf. Besonders bei den in der Kritik stehenden Bürgerdiensten ist dies offensichtlich, weil hier in den Augen der Bürgerinnen und Bürger das größte Verbesserungspotenzial durch die Digitalisierung steckt. Momentan bekommt man einen Termin beim Bürgeramt entweder nur mit großem Vorlauf oder morgens „auf gut Glück“. Das frustriert viele Bonnerinnen und Bonner. Dazu kommt die Zentralisierung der Bürgerdienste in Bonn, die zusätzlich Anfahrten für die Nutzerinnen und Nutzer städtischer Dienstleistungen aus dezentral gelegenen Stadtbezirken auslöst. Von einer nachhaltigen Digitalisierung von Verwaltungsprozessen versprechen wir uns, dass künftig viele Behördengänge bequem von zu Hause aus und abseits von Öffnungszeiten erledigt werden können.

Bundesgesetzliche Regelungen wie das sogenannte Onlinezugangsgesetz verpflichten die Behörden, ihre wesentlichen Dienstleistungen online zur Verfügung zu stellen. Wir fordern von der Stadtverwaltung, die gesetzlich eingeräumten Befugnisse so schnell und so weit wie möglich umzusetzen. Möglichst viele Dienstleistungen sollen digital und barrierefrei angeboten werden und damit einfach, unkompliziert und zu jeder Tages- und Nachtzeit verfügbar sein.

Dabei sollen möglichst leicht verständliche und zu bedienende Benutzeroberflächen geschaffen werden. Menschen, die keinen Zugang zum Internet haben, müssen Verwaltungsleistungen selbstverständlich weiter vollumfänglich und barrierefrei „analog“ in Anspruch nehmen können. Dabei soll die Stadtverwaltung jedoch dadurch unterstützen, dass sie in den Bezirksverwaltungsstellen die Möglichkeit eröffnet, die Dienste der Stadtverwaltung und der öffentlichen Träger auch digital zu nutzen. Neben Anwendungen für Menschen mit Seh- und Hörbehinderung wollen wir darauf drängen, dass auch konsequent Leichte Sprache in alle Angebote eingebunden wird.

Digitalisierung braucht Infrastruktur

Bonn will bis zum Jahr 2025 eine „Smart City“ werden, also ein Musterbeispiel einer „digitalen Kommune“. Um dieses Ziel zu erreichen, muss noch ein weiter

Weg zurückgelegt werden. Die Freien Demokraten setzen sich für einen weiteren Ausbau der dafür notwendigen digitalen Infrastruktur in Bonn ein. So könnte eine moderne Straßenverkehrsüberwachung helfen, schnell auf Verkehrsstörungen zu reagieren und den Verkehrsfluss zu lenken.

Auch bei Bus und Bahn besteht noch Nachholbedarf, etwa im Hinblick auf die Verfügbarkeit von Echtzeitinformationen. Mit Hilfe von digitalen Abfahrts- tafeln an Haltestellen oder in mobilen Apps könnten Fahrgäste jederzeit die genaue um aktuelle Verspätungen korrigierte Abfahrtszeit ihres gewünschten Verkehrsmittels erfahren.

Digitalisierung bietet große Chancen für Bonn

Auch der Wirtschaftsstandort Bonn profitiert besonders von der Digitalisierung. Die auf Initiative der Freien Demokraten erhöhte finanzielle Förderung des Gründungsnetzwerks Digital Hub Bonn hat es diesem ermöglicht, mehr Infrastruktur und Ressourcen für Unternehmensgründer („Start-ups“) zur Verfügung zu stellen. So werden dort neue zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen – dies ist Wirtschaftsförderung im besten Sinne. Das regionale Cluster aus Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft bietet Bonn die Chance, zum IT-Standort Nummer eins in Nordrhein-Westfalen aufzusteigen. Ein Beispiel dafür ist die Cyber Security, in der Bonn sogar der führende Standort in Europa werden könnte. Diese Chancen dürfen nicht im kommunalpolitischen „Klein-Klein“, etwa bei Standortfragen zur Ansiedlung von neuen Institutionen, verspielt werden.

Datenschutz und Transparenz stärken

Zum Schutz des Persönlichkeitsrechts und des Rechts auf Datenschutz der Bürgerinnen und Bürger setzen wir uns dafür ein, dass die Angebote der Stadt Bonn so gestaltet werden, dass sie mit einem Minimum an persönlichen Angaben der Bürgerinnen und Bürger auskommen. Wir werden darauf hinwirken, dass nur so viele Daten verarbeitet und nur so lange gespeichert werden, wie es zur Erfüllung der städtischen Aufgabe erforderlich ist und dass die Bürgerinnen und Bürger über die Verarbeitung ihrer Daten nachvollziehbar und umfassend informiert werden.

Die ganze Welt in Bonn zu Hause. Internationale Stadt Bonn.



Ihr Ansprechpartner:



Michael To Vinh
m.tovinh@fdp-bonn.de

Der deutsche UN-Standort Bonn ist die internationale Stadt am Rhein. Auf dem UN-Campus im ehemaligen Regierungsviertel sind über 20 Organisationen der Vereinten Nationen untergebracht. Dazu haben zahlreiche internationale Institutionen aus Politik, Medien, Wissenschaft und Kultur in Bonn eine Heimat gefunden. In den letzten Jahren ist es gelungen, Bonn auch als Gastgeber für große internationale Konferenzen zu etablieren. Das bekannteste Beispiel dafür ist die Weltklimakonferenz 2017 (COP23). Das wollen wir verstärken: „Die Welt zu Gast in Bonn“ muss Ziel der Politik in den nächsten Jahren werden.



Klar ist: Die für die internationalen Organisationen wichtigen Ministerien müssen deshalb mit ihrem ersten Dienstsitz in Bonn bleiben. Versäumnisse, wie die Ansiedlung des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten in anderen deutschen Städten, müssen in Zukunft vermieden werden. Bundesbehörden, die ein klares internationales Profil haben, gehören nach Bonn.

Die Stadtverwaltung muss Strukturen schaffen, die eine direkte Zuständigkeit für Anwerbung und Betreuung von internationalen Organisationen haben und die Vernetzung auf Landes- und Bundesebene ausbauen, damit Ansiedlungsentscheidungen im Bonner Interesse ausfallen.

Bei den Vereinten Nationen, in Nichtregierungsorganisationen (NGO) und international tätigen Unternehmen arbeiten viele Menschen aus der ganzen Welt. Überall in der Stadt treffen sie auf Bonnerinnen und Bonner, die ihnen das Leben in Bonn erleichtern. Das muss auch für die Stadtverwaltung gelten. Für die ersten Kontakte mit der Stadtverwaltung ist es wichtig, dass es nicht durch Sprachbarrieren zu Missverständnissen kommt. Deswegen muss ein Teil der Mitarbeiter des Bürgeramts so fortgebildet werden, dass sie Verwaltungsvorgänge in englischer Sprache erklären und bearbeiten können. Ziel ist es, Englisch als zweite Verwaltungssprache im Bürgeramt zu etablieren.

Spitzenforschung

made in Bonn.

Wissenschaft.

Ihr Ansprechpartner:



Michael To Vinh

m.tovinh@fdp-bonn.de

Die Stadt Bonn bildet zusammen mit dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler sowie den hier ansässigen hochkarätigen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen die Wissenschaftsregion Bonn. Mit ihr sind wir nicht nur in Deutschland, sondern auch international ein führender Standort für Forschung und Wissen.

Die Universität Bonn hat mit dem Exzellenzstatus im deutschlandweiten Vergleich eine herausgehobene Stellung gewonnen. Es gelang ihr außerdem, sechs Exzellenzcluster einzuwerben - mehr als jede andere Hochschule in Deutschland. Wir Freien Demokraten in Bonn setzen uns dafür ein, dass sich die positiven Impulse auch auf die Stadtentwicklung, das Stadtmarketing und die lokale Wissenschaftspolitik übertragen. Wir wollen die exzellente Wissenschaft in Bonn erhalten und weiter nach vorne bringen. Hierzu gehören effiziente Verwaltungsstrukturen, weniger Bürokratie und ein lebendiger Austausch zwischen Wissenschaft, Stadtverwaltung, Wirtschaft und Stadtgesellschaft.

Bonn als Vorreiter in der Cyber-Sicherheit

Das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium hat entschieden, dass am Standort Sankt Augustin zum kommenden Wintersemester 2020/2021 ein Modellstudiengang für Cybersicherheit an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg starten kann. Die Freien Demokraten werden sich nachdrücklich dafür einsetzen, dass dieser Studiengang nach der Testphase von drei Jahren nach Bad Godesberg umsiedeln kann. Dafür soll eine Dependence der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg im Stadtbezirk Bad Godesberg an der Kurfürstlichen Zeile entstehen.

Mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), dem Cyber Security Cluster Bonn, zahlreichen Forschungsinstituten, dem Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr und zahlreichen IT-Unternehmen ist Bonn schon jetzt einer der führenden Cyber-Security-Standorte in Europa. Viele Einrichtungen befinden sich im Stadtbezirk Bad Godesberg, sodass ein Studiengang in unmittelbarer Nachbarschaft diese sinnvoll ergänzen würde. Kommunalpolitisch wollen wir als Freie Demokraten dafür Sorge tragen, dass die infrastrukturellen Voraussetzungen für einen schnellstmöglichen Beginn des Hochschulbetriebs nach der Testphase sowie für studentisches Wohnen und Leben in Bad Godesberg geschaffen werden. Bürokratische Hürden dürfen kein Argument gegen eine Ansiedlung sein.

Zukunftsfähige Wissenschaftspolitik braucht eine clevere Verwaltung

Die Freien Demokraten Bonn fordern die Bonner Stadtverwaltung auf, die Stabsstelle Wissenschaft personell auszubauen und perspektivisch zu einem eigenen Amt neben der Wirtschaftsförderung im Dezernat des Oberbürgermeisters weiterzuentwickeln. Eine zukunftsfähige Wissenschaftspolitik braucht effizientere Verwaltungsstrukturen, feste Ansprechpartner und einen Abbau von Bürokratie. Mehr Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann dabei einen entscheidenden Beitrag leisten. Neben effizienteren Verwaltungsstrukturen setzen wir uns als Freie Demokraten aber auch für eine kommunalpolitische Aufwertung des Ausschusses für Internationales und Wissenschaft im Stadtrat ein.



Die Kontakte zwischen Stadtverwaltung und politischen Entscheidungsträgern auf der einen und den Bonner Forschungseinrichtungen, Organisationen der Wissenschaftsmittler und Fördereinrichtungen auf der anderen Seite müssen vertieft werden. Wir fordern die Stadtverwaltung auf, einen in regelmäßigen Abständen tagenden „Runden Tisch“ zur Stärkung der Wissenschaftsregion Bonn zu initiieren. Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und lokaler Wirtschaft aus Bonn, dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler sollen sich austauschen und vernetzen können. Dadurch sollen Synergien gehoben werden und Kooperationen zu einer Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion beitragen. Ein offenerer und kooperativerer Umgang mit den Akteuren der Wissenschaftslandschaft Bonn wäre auch ein Zeichen größerer Wertschätzung. Wir möchten auch den Dialog zwischen der interessierten Stadtgesellschaft und der Wissenschaft vertiefen und treten für eine stärkere Förderung von städtischen Wissenschaftsfestivals ein, wie zum Beispiel der Wissenschaftsnacht.

Die Förderung des MINT-Nachwuchses sichert die Zukunft

Die Verringerung des Fachkräftemangels im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) bedarf einer verstärkten Förderung und Begeisterung von jungen Menschen.

Das Bildungsprojekt „BONNEUM“ ist hierbei zukunftsweisend und soll Leuchtturmwirkung in Bonn entfalten. Von den Kitas und Grundschulen bis in die weiterführenden Schulen werden MINT-Themen zusammen mit externen Partnern anschaulich vermittelt, zum Beispiel in Werkstätten. Das Projekt wollen wir regelmäßig evaluieren und bei Erfolg weiter ausbauen, um zum Beispiel daraus ein Netzwerk wie „Zukunft durch Innovation.NRW“ (zdi) zu gründen. Mit einer engeren Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Schulen und Ehrenamt sollen Schülerinnen und Schüler aller allgemeinbildenden Schulen und Förderschulen einen besseren Zugang zu den einschlägigen MINT-Berufen finden.

Dies könnte auch durch Maßnahmen vertiefter Berufs- oder Studienorientierung und dem Angebot von Projektarbeiten unterstützt werden. Wir streben dazu ein gemeinsames Vorgehen mit dem Rhein-Sieg-Kreis an, um Kräfte und Interessen zu bündeln. Die Gewinnung von mehr jungen Menschen für eine MINT-Ausbildung oder ein -Studium dient der langfristigen Sicherung von Fachkräften auch auf regionaler Ebene.

Ein dafür sehr wichtiger außerschulischer Lernort ist das Deutsche Museum Bonn. Die Freien Demokraten setzen sich für den Erhalt und die langfristige finanzielle Sicherung des Deutschen Museums am Standort Bonn ein. Als zentraler Ort der außerschulischen MINT-Bildung und der Wissenschaftskommunikation ist das Museum an der Bonner „Wissenschaftsmeile“ ein essentieller Baustein in der Wissenschaftslandschaft der Stadt Bonn und der Region.

Die internationale Wissenschaftswelt zu Hause in Bonn

Wissenschaft lebt vom internationalen Austausch. Durch den Aufstieg der Universität Bonn zur Exzellenz-Universität werden in der Zukunft mehr interna-

tionale Gastwissenschaftlerinnen und –wissenschaftler für Forschungsprojekte erwartet. Sie werden mit ihren Familien auch längerfristig nach Bonn kommen. Auch für ihre Kinder setzen wir uns dafür ein, dass das internationale Bildungsangebot von der Kindertagesstätte bis zur weiterführenden Schule in Bonn erweitert und dem Ziel der weltbesten Bildung gerecht wird.

Die internationalen Städtepartnerschaften der Stadt Bonn und ihrer Stadtbezirke sollen auch mehr als bisher für einen stärkeren Austausch zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen in den jeweiligen Partnerstädten genutzt werden. Daraus resultieren auch Perspektiven für ein auf Wissenschaft in Bonn ausgerichtetes internationales Stadtmarketing.

Für mehr Forschung und Gesundheitsvorsorge

Das Universitätsklinikum Bonn (UKB) zählt zu den zehn größten Arbeitgebern in Bonn und ist eng mit der Stadt und der Region verbunden. Als Krankenhaus mit Maximalversorgung hat es eine herausragende Bedeutung für die Gesundheitsvorsorge und Forschung in der Region. Wir Freien Demokraten sind offen für die Ausbaupläne des UKB und der angegliederten Forschungsinstitute gemäß den städtischen Vorgaben. Die angespannte Park- und Verkehrssituation auf dem Venusberg verdient dabei aber besondere Beachtung. Der Bau einer Seilbahn könnte maßgeblich zu einer Problemlösung beitragen. Planung und Umsetzung der Seilbahn bei einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung sind schnellstmöglich durchzuführen.

Hauptstandort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) muss Bonn bleiben

Für die zahlreichen Institutionen der Forschungsförderung in Bonn ist die Nähe zum Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ein entscheidender Standortvorteil. Ein Umzug des BMBF nach Berlin würde auch den Verbleib der Förderinstitutionen in Bonn gefährden. Zahlreiche wertvolle Arbeitsplätze und Expertise in der Region gingen verloren. Wir fordern mit Entschlossenheit, dass das BMBF seinen ersten Dienstsitz weiterhin in Bonn behält. Das Berlin/Bonn-Gesetz ist unbedingt einzuhalten.

**Ärmel hoch
für den
Mittelstand.
Wirtschaft.**

Ihre Ansprechpartner:



Werner Hümmrich
w.huemmrich@fdp-bonn.de



Achim Schröder
a.schroeder@fdp-bonn.de

Eine lebenswerte Stadt wird auch durch eine starke örtliche Wirtschaft geprägt. Politik und Verwaltung sind gefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Arbeitsplätze in Bonn zu erhalten und neue zu schaffen. Eine florierende Wirtschaft sichert das Einkommen von Familien und sorgt für öffentliche Einnahmen zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben wie Bildung, Infrastruktur und Sicherheit.

Handwerk, Gewerbe und Mittelstand entlasten

Immer noch belasten Vorschriften und hohe Abgaben viele Betriebe. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich neue Gewerbe unkomplizierter ansiedeln und vorhandene Gewerbe einfacher expandieren können. Dazu wollen wir auf kommunaler Ebene einen Bürokratie-TÜV einführen. Alle neuen Vorschriften mit Auflagen für die Unternehmen (zum Beispiel Gestaltungssatzungen) sollen künftig nur mit einem Ablaufdatum beschlossen werden können. Eine Verlängerung bedarf dann des Nachweises der Praktikabilität und Notwendigkeit.

Für eine dauerhafte Ansiedlung von Unternehmen müssen die finanziellen Bedingungen attraktiv sein. Deshalb muss der Gewerbesteuerhebesatz der Stadt Bonn im Vergleich mit den anderen Städten der Region – auch in Rheinland-Pfalz - konkurrenzfähig bleiben. Wir wollen auch über eine Entlastung nachdenken, um Unternehmen Anreize zu bieten, sich in Bonn niederzulassen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer lehnt die FDP ab.

Wirtschaftsförderung für vorhandene und neue Betriebe verbessern

Die Stadt Bonn muss sich als Partnerin der Wirtschaft verstehen. Dazu muss die Verwaltung so transparent sein, dass jeder interessierte Betrieb seine Ansprechpartnerin oder seinen Ansprechpartner in der Verwaltung kennt und mit ihr oder ihm einfach in Kontakt treten kann. Dass die Stadtverwaltung von Plänen zum Abbau von Arbeitsplätzen oder dem Wegzug aus Bonn aus der Presse erfährt, darf nicht mehr vorkommen. Entsprechend sollen die zuständigen städtischen Ansprechpersonen proaktiv arbeiten und sich mindestens einmal im Jahr mit den jeweiligen Inhabern oder Geschäftsführern austauschen.

Dies setzt voraus, dass die Bonner Wirtschaftsförderung ihre Rolle als begleitende Ansprechpartnerin für bestehende oder neu nach Bonn kommende Betriebe stärker wahrnimmt. Potenzielle Investoren dürfen auf ihrem Weg durch den „Verwaltungsdschungel“ nicht allein gelassen werden. Ihnen sollte eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner als „Lotse“ für alle Vorgänge innerhalb der Stadtverwaltung zur Seite gestellt werden. Über bestehende Fördermittel oder Initiativen sollte vorab und unaufgefordert informiert werden. Gründungen sollen größtenteils digital ablaufen.



Auch andere städtische Behörden wie zum Beispiel die Baubehörde müssen die stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung als Kernaufgabe verstehen.

Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundlichere Vergabepolitik der Stadt Bonn ein. Wir werden die Wertgrenzen bei beschränkten Ausschreibungen signifikant erhöhen und die bisher geltende jährliche Befristung aufheben. Wir werden beantragen, dass die Stadt sich aktiv am Projekt „Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“ beteiligt, um die Zusammenarbeit zwischen örtlichen Unternehmen und der Verwaltung zu verbessern.

Junge Menschen verlieren zunehmend das Interesse an einer handwerklichen Ausbildung und den anschließenden Schritt in die Selbstständigkeit. Daher fordern die Freien Demokraten ein handwerkliches Gründerzentrum, in dem angehende Handwerkerinnen und Handwerker genügend Platz finden, um ihre Selbstständigkeit aufzubauen. „Bürokratie-Lotsen“ helfen bei der Gründung und unterstützen die Handwerkerinnen und Handwerker dabei, ihr eigenes Bürowesen aufzubauen.



Regional denken und handeln

Die Freien Demokraten stehen für eine aktive Standortförderung. Regionale Unternehmen müssen durch eine effiziente Verwaltung, ein optimales Flächenmanagement, eine vernünftige Informationspolitik und Planungssicherheit unterstützt werden.

Mit Blick auf die begrenzten Gewerbeflächen müssen wir Bonn als „Metropolregion“ begreifen. Wir können uns nicht an den Partikularinteressen einzelner Städte, Kreise oder Gemeinden orientieren, sondern müssen über Stadtgrenzen hinausschauen. Deshalb wollen wir die seit einiger Zeit praktizierte Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen des umliegenden Rhein-Sieg-Kreises zur Bereitstellung von Gewerbegebieten ausbauen. Gemeinsames Denken in unserer Region ist unverzichtbar.

Insbesondere werden wir uns für die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Region Bonn/Rhein-Sieg einsetzen. Diese Organisation soll die gemeinsamen Gewerbegebiete erschließen und den Wirtschaftsstandort überregional vermarkten.

Bonn als Dienstleistungsstandort sichern

Bonns Wirtschaftskraft liegt vor allem im Dienstleistungssektor. Um den Standort zu sichern, muss die Stadt Bonn vorhandene freie oder wieder frei werdende Flächen und Gebäude zügig entwickeln und vermarkten. Einer dynamischen Entwicklung dürfen auch innerhalb des Stadtgebiets – etwa bei Neuansiedelungs- oder Ausbauvorhaben innerhalb des „Bundesviertels“ – keine Steine in den Weg gelegt werden. Die damit verbundenen Probleme, insbesondere mit Blick auf das erhöhte Verkehrsaufkommen, müssen gemeinsam mit den Unternehmen und den benachbarten Kommunen gelöst werden.

Die Arbeitslosigkeit ist im landesweiten Vergleich niedrig. Damit das so bleibt, setzen wir uns für eine weitergehende Kooperation der Arbeitsagenturen in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis und der städtischen Einrichtungen ein. Neben Synergieeffekten können so besser die lokalen Besonderheiten bei der Arbeitsuche berücksichtigt werden. Der zunehmende Fachkräftebedarf muss gedeckt werden und offene Ausbildungsstellen müssen so schnell wie möglich kompetent besetzt werden. Dabei sind auch die Unternehmen aufgerufen, Kooperationen mit den Bonner Schulen zu gründen oder zu vertiefen und neue Wege in der Ansprache von Schulabgängerinnen und Schulabgängern zu beschreiten.

Die mit der Arbeitsvermittlung beauftragten Behörden müssen offene Stellen, Fördermaßnahmen und (Sprach-)Lehrgänge und Fortbildungen transparent und online einsehbar machen. Bewerbungen oder Anmeldungen sollen unmittelbar auf einer Webseite möglich sein.

Einkaufsstandort stärken

Wir Bonner Freien Demokraten haben wesentlich dazu beigetragen, dass Bonn als Einkaufsstandort aufgewertet wurde. Das zuletzt unattraktive „Bonner Loch“ vor dem Hauptbahnhof ist Vergangenheit. Der Zugang in die Innenstadt ist jetzt einladend und modern. Die dort angesiedelten neuen Geschäfte werden angenommen und sichern Arbeitsplätze. Der neue Standort gefährdet nicht die mittelständischen Geschäfte in der Innenstadt, sondern ergänzt sie.

Wir Liberalen haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die „Gestaltungssatzung“ der Stadt die Bonner Geschäftsleute nicht über das notwendige Maß hinaus einschränkt. Die Friedrichstraße mit ihrem vielfältigen Angebot und dem erfolgreichen Friedrichstraßenfest belegt, dass es gelungen ist, den Bonner Einzelhandel zu stärken. Wir werden nicht nachlassen und uns weiterhin dafür einsetzen, dass attraktive Veranstaltungen ohne unnötige bürokratische Auflagen durchgeführt werden können.

Auch muss es den lokalen Einzelhändlern in der Innenstadt und den Stadtbezirken ermöglicht werden, an bestimmten Tagen im Jahr, etwa vor Weihnachten, auch sonntags zu öffnen. Nur wenn der Einzelhandel in Bezug auf die Möglichkeit zur Ladenöffnung besser als heute gestellt wird, hat er eine Chance, sich gegen die immer stärker wachsende Online-Konkurrenz zu behaupten. Allein mit Appellen, vor Ort einzukaufen, kann dies nicht erreicht werden. Straßen- und Promenadenfeste sind eine sehr gute Möglichkeit für kleine und mittlere Geschäfte, sich zu präsentieren. Solche Veranstaltungen werden wir auch weiterhin unterstützen.

Die überfällige Entwicklung des Viktoriakarrees liegt dagegen auf Eis. Der Stadtrat hat gegen die Stimmen der Freien Demokraten die Chance nicht genutzt, hier weitere attraktive Einzelhandelsflächen zu schaffen. Wir fordern, das „Dreieck“ an Friedensplatz, Bahnhofsvorplatz und Viktoriakarree endlich umzusetzen. Dabei werden wir darauf achten, dass die Geschäfte außerhalb der Hauptwege nicht verdrängt werden. Die Fußgängerzone soll um den Bereich zwischen Altem Rathaus und Universität erweitert werden. Daneben müssen auch die Zentren der Stadtbezirke aufgewertet werden.

Durch die Corona Pandemie sind viele Gastronomiebetriebe in ihrer Existenz bedroht und brauchen nicht nur kurzfristige Unterstützung. Die Gastronomie trägt wesentlich zur Attraktivität unserer Stadt bei und zieht viele Besucherinnen und Besucher an. Wir wollen es unseren Wirtinnen und Wirten erleichtern, auch weiterhin Außengastronomie für die Gäste anzubieten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Gebühren für die Nutzung von öffentlichen Raum für die Außengastronomie gesenkt werden.



Um die Einnahmeverluste des Bonner Einzelhandels durch Corona abzumildern, soll an den verkaufsoffenen Sonntagen der Öffentliche Personennahverkehr kostenfrei genutzt werden können.

Vom Wissenschaftsstandort zum Wirtschaftsstandort

Die Freien Demokraten möchten das Potenzial des Wissenschaftsstandorts Bonn nutzen. Viele der zahlreichen Start-ups, die in Bonn in den letzten Jahren gegründet wurden, entstammen dem universitären Bereich oder sind aus einer Kooperation mit hiesigen Unternehmen entstanden. Wir wollen diese innovativen Geschäftsmodelle weiter fördern, denn diese sichern die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts.

Die Wirtschaftsförderung der Stadt sollte mit den Einrichtungen der Hochschulen zum Forschungstransfer stärker vernetzt werden. Vor allem die Förderung von Start-ups aus dem Hochschulbereich ist gemeinsam zu adressieren. Die Stadt Bonn sollte Motor dieser vernetzten Aktivitäten zur Stärkung von Gründergeist aus der Forschung heraus am Standort Bonn sein.



Einen wichtigen Beitrag hierzu leistet das Gründungsnetzwerk Digital Hub Bonn am Bonner Bogen. Start-ups werden hier in ihrer schwierigen Anfangsphase Räume, Ressourcen und Know-how zur Verfügung gestellt. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass neben der von unserem liberalen NRW-Wirtschaftsminister gewährten Unterstützung die städtische Beteiligung am Digital Hub aufgestockt wurde. Die Unterstützung des Digital Hub ist Wirtschaftsförderung im besten Sinne, denn dadurch werden zukunftsorientierte Unternehmen an den Standort Bonn gebunden.

Tourismus und Vermarktung von Kongressen verbessern

Bonn hat eine lange touristische Tradition und Geschichte. Bonn ist nicht nur die Geburtsstadt Beethovens. Auch seine landschaftlich einmalige Lage an Rhein und Siebengebirge, seine traditionelle Kultur wie der Karneval oder das Kirschblütenfest und nicht zuletzt das liebenswerte Hotel- und Gaststättengewerbe ziehen Gäste aus aller Welt an. Hier gehen Kultur und Geschichte Hand in Hand. In allen Stadtteilen finden sich Orte, an denen zeitgeschichtlich bedeutsame Ereignisse stattgefunden haben. Dieses Erbe müssen wir bewahren und touristisch nutzen.

Wir wollen daneben das touristische Potenzial von Bonn als „Stadt der Bonner Republik“ ausbauen. Durch Zusammenarbeit von Museen, Institutionen, Hotels und Restaurants sollen Themenpakete für auswärtige Besucher entstehen. Dazu sollen auch die bedeutenden touristischen Ziele wie etwa das Siebengebirge im Umland besser eingebunden werden.

Traditionsveranstaltungen wie „Rhein in Flammen“ oder Pützchens Markt müssen erhalten bleiben. Hierfür soll die Stadt nach einem Wettbewerbsverfahren langfristige Verträge abschließen. So entsteht Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Bonn lockt mit einer sehr breiten Kneipenszene. Das führt zwischen Anwohnern und Gästen oft zu Verstimmungen und Streit. Mithilfe eines „Nacht-Bürgermeisters“ nach Mannheimer Vorbild möchten wir die Kneipenszene und die Anwohner versöhnen und schaffen damit für Anwohnende einen Ansprechpartner.

Die Bundesgartenschau 1979 hat wie keine andere Veranstaltung das Stadtbild von Bonn nachhaltig geprägt und war ein großer Erfolg. Die Freien Demokraten werden sich dafür einsetzen, dass Bonn wieder Gastgeber einer Bundesgartenschau wird.

Nicht nur der Freizeit- sondern auch der Geschäftstourismus hat für Bonn große wirtschaftliche Bedeutung. Mit der Fertigstellung des „World Congress Center Bonn“ (WCCB) hat sich Bonn zu einem bedeutenden Standort für internationale Kongresse entwickelt. Damit Dax-Unternehmen, Bonner Unternehmen, die Vereinten Nationen sowie Verbände und Organisationen weiterhin ihre Konferenzen in Bonn abhalten, muss das städtische Kongressmarketing professionell arbeiten und seine Marketingaktivitäten bündeln. Hotelzimmerkapazitäten müssen verstärkt mit der Organisation des Kongresses verknüpft und vermarktet werden.

Wir werden weiter auf eine zügige Renovierung der Stadthalle Bad Godesberg drängen. Die Attraktivität von Bad Godesberg als beliebter Standort für Kongresse, Messen und Veranstaltungen von Vereinen muss erhalten bleiben.

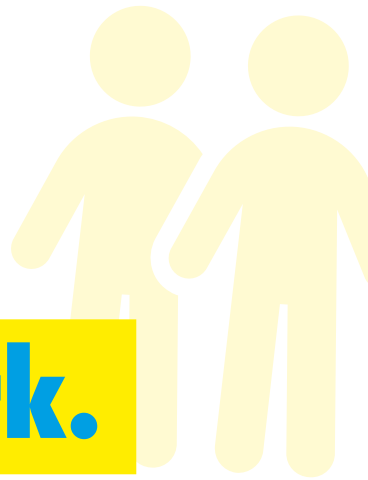
Ein Update

fürs

Teamwork.

Zusammenarbeit

mit dem Rhein-Sieg-Kreis.



Ihr Ansprechpartner:



Bernd Fesel

b.fesel@fdp-bonn.de

Bonn wächst. Das ist eine gute Nachricht! Aber Bonn stößt auch an seine natürlichen Grenzen. Besonders deutlich wird dies im Verkehr und beim Wohnungsbau. Auch die Ansiedlung neuer Wirtschaftsunternehmen durch die Erschließung neuer Gewerbegebiete wird zunehmend schwieriger. Die Stadt Bonn ist deshalb auf eine engere Zusammenarbeit mit der Region angewiesen, insbesondere mit seinen direkten Nachbarn dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler.

Bonn ist fast vollständig vom Rhein-Sieg-Kreis umgeben. Zum Beispiel pendeln mehr als 100.000 Personen täglich aus dem Kreis nach Bonn. Um die gesamte

Region Bonn zukunftsorientiert weiterzuentwickeln und Synergieeffekte zu heben, fordern wir langfristig eine Fusion des Rhein-Sieg-Kreises mit der Stadt Bonn.

Bis dahin und um diese Integration zu erreichen, bedarf es einer strukturierten und systematischen Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Organisationseinheit von Stadt und Kreis, die Ziele und Maßnahmen für folgende Bereiche festlegt, entwickelt und umsetzt:

Der Wohnbaulandbedarf ist groß. In den Gemeinden, die weiter entfernt von Bonn gelegen sind, bestehen noch ausreichend Flächen für eine Entwicklung von Siedlungen. Dagegen ist die Nachfrage bei Kommunen nahe der Rheinschiene (Bonn, Sankt Augustin, Siegburg und Wachtberg) sehr hoch und wird weiterhin wachsen. Sie leiden aber auch unter Flächenknappheit. Umso wichtiger werden die Infrastruktur und der öffentliche Nahverkehr, um den zu erwartenden weiteren Anstieg der Pendlerströme bewältigen zu können. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass entsprechende Projekte gemeinsam weitsichtig entwickelt und umgesetzt werden.

Die mangelnde Verfügbarkeit von Gewerbeflächen limitiert Bonns Wachstumsmöglichkeiten zunehmend oder führt sogar zu einer Abwanderung von Wirtschaftsunternehmen. Mit der Gemeinde Alfter wurde das neue Gewerbegebiet Alfter-Nord gemeinsam erschlossen. Derartige kommunale Arbeitsgemeinschaften können der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme sein. Das gemeinsame Vorgehen sollte auch eine zügige und unbürokratische Umsetzung möglich machen. Eine gemeinsame Vermarktung könnte ebenfalls hilfreich sein. Dabei ist eine faire Aufteilung von Lasten und zukünftigen Steuereinnahmen unabdingbar.

Regionale Zusammenarbeit betrifft aber auch andere Felder wie Umwelt, Tourismus, Bildung, Kultur, Sport, Soziales, Gesundheit und Sicherheit. Wir fordern die Stadt Bonn auf, bestehende Kooperationen zu erneuern und zu vertiefen und neue zu schaffen. Das gilt auch für den Regionalen Arbeitskreis Entwicklung, Planung und Verkehr zusammen mit dem Kreis Ahrweiler.

Index

Anreiz	10, 92
Auto	20, 22, 23, 25, 34, 70
Bad, Godesberg	8, 16, 21, 25, 37, 40, 54, 59, 80, 87, 99
Bäder	33, 48, 49
Beethoven	7, 8, 52, 53, 54
Beethovenhalle	8, 16, 17
Betreuung	43, 44, 60, 61, 62, 63, 68, 85
Beuel	21, 23, 25, 40, 48
Bildung	9, 10, 27, 28, 29, 30, 31, 35, 48, 50, 56, 58, 61, 62, 67, 89, 90, 91, 93, 95, 101
Brennstoff	20, 21
Bundesgartenschau	73, 99
Bundesviertel	23, 24, 77, 95
Bürgeramt	9, 82, 85
Bürgernähe	9, 38
Bürokratie	35, 37, 59, 86, 87, 92, 93
Chance	9, 27, 30, 31, 36, 42, 43, 44, 45, 46, 60, 66, 67, 76, 81, 83, 96
Cityhub	23
Cityring	77
Controlling	13, 17
Corona	10, 12, 34, 56, 96, 97
Digitalisierung	9, 18, 20, 34, 52, 53, 58, 81, 82, 83, 87
Duisdorf	25
E-sport	63
Ehrenamt	36, 37, 45, 59, 63, 68, 89
Einwanderung	66, 67, 68
Fahrradstadt	25
Familie	30, 44, 45, 48, 60, 61, 63, 90, 91

Fernverkehr	26
Finanzen	8, 12, 13, 14, 28, 42, 43, 45, 46, 53, 54, 56, 58, 61, 78, 79, 83, 89, 91, 92
Flughafen	26
Fußgänger	20, 26, 96
Gebäude	8, 12, 16, 17, 18, 28, 33, 48, 54, 57, 70, 71, 73, 95
Gebäudemanagement	16, 33
Generation	13, 69
Gesellschaft	9, 10, 20, 36, 38, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 50, 59, 66, 67, 68, 69, 86, 88, 91, 94
gesund	22, 26, 33, 42, 43, 44, 50, 71, 90, 101
Großunternehmen	8
grün	18, 49, 51, 72, 73, 83, 89, 92, 93, 94, 95, 97, 98
Grundschule	29, 30, 34, 62, 89
Handwerk	29, 92, 93
Hardtberg	38, 48
Haushalt	8, 10, 12, 13, 14, 42, 53
Hochschule	29, 58, 86, 87, 97
Hygiene	33
Infrastruktur	15, 22, 43, 44, 54, 73, 77, 80, 82, 83, 87, 91, 101
Inklusion	32, 50, 59
Innenstadt	25, 26, 40, 76, 77, 95, 96
International	7, 9, 26, 52, 53, 54, 57, 58, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 99
Investition	13, 14, 27, 30, 38, 57, 80, 92
Jugend	33, 44, 56, 57, 58, 60, 62, 63, 64, 67
Kinder	18, 27, 29, 30, 32, 33, 44, 45, 56, 57, 60, 61, 62, 63, 64, 67, 90
Kirschblütenfest	7, 98
Klima	7, 9, 10, 18, 19, 21, 48, 69, 70, 71, 73, 84
Konzerthalle	8
Kultur	7, 8, 9, 37, 52, 53, 54, 56, 57, 58, 59, 67, 77, 84, 98, 101
Mittelstand	91, 92, 93

mobil	19, 20, 22, 25, 26, 80, 83
Nahverkehr	20, 21, 22, 23, 26, 34, 44, 74, 97, 101
Nationen	7, 54, 84, 85, 99
OGS	30, 62, 63
ökologisch	18, 73
Olympia	51
Omnibusbahnhof	21
Oper	8, 16, 20, 54, 64, 70, 74, 77, 88, 95, 97, 101
ÖPNV	20, 23, 25
Pendler	8, 19, 20, 25, 101
Personal	13, 20, 31, 67
Rad	7, 20, 21, 25, 26, 33, 34, 37, 38, 40, 49, 56, 67, 68, 81, 98, 99,
Rhein	7, 9, 10, 13, 15, 20, 24, 25, 51, 52, 57, 58, 59, 76, 77, 79,
	83, 84, 86, 87, 88, 89, 94, 95, 98, 99, 100, 101
Rhein-Sieg-Kreis	9, 15, 24, 77, 79, 86, 88, 89, 95, 100, 101
Sanierung	8, 12, 16, 17, 18, 28, 38, 48, 50, 51, 52, 54, 70, 77
Sanitäranlage	18
Schauspiel	8, 54, 59
Schulabschluss	29
Schulfrühstück	29
Schulsport	33
Schwimmbad	48
Seilbahn	20, 21, 90
sozial	22, 28, 31, 33, 34, 37, 42, 43, 44, 46, 51, 59, 63, 67, 68, 69, 79, 101
Spitzensport	47, 51
Sportanlage	18, 50
Sprache	29, 62, 64, 67, 82, 85, 95
Stadthalle	8, 16, 99
Stadthaus	8, 16, 77
Stadtplanung	9, 76, 77
Start-up	83, 97, 98
Steuer	14, 15, 42, 79, 92, 101

Steuerzahler	14
Tausendfüßler	9, 22
Theater	54, 56, 59
UN	7, 32, 54, 58, 73, 84
Universität	8, 21, 59, 76, 86, 89, 90, 96
Universitätsklinikum	8, 21, 90
Verantwortung	8, 10, 13, 14, 36, 40, 42, 51, 67, 68
Verein	7, 9, 21, 31, 33, 36, 37, 38, 46, 47, 48, 49, 51, 54, 56, 59,
	60, 63, 67, 79, 81, 84, 85, 99
Wasserbus	20
Wasserstoff	20, 74
Westbahn	21
wirtschaftlich	10, 13, 16, 18, 42, 56, 69, 99
Wohnraum	9, 43, 44, 79, 80
Zukunft	8, 9, 10, 12, 13, 20, 22, 25, 27, 56, 64, 68, 73, 75, 77,
	80, 83, 85, 87, 89, 97, 98, 101

Bildnachweise

Titel: Paul Siewert / unsplash.com; S.11: Mika Baumeister / unsplash.com; S.12: Depb Dew / thenounproject.com; S.14: Michelle Henderson / unsplash.com; S.16: Mutualism / thenounproject.com; S.19: Eris Natansa / thenounproject.com; S.23: Mika Baumeister / unsplash.com; S.24: Marius Vach / unsplash.com; S.27: Kozan / thenounproject.com; S.28: klimkin / pixabay.com; S.31: White77 / pixabay.com; S.32: Ben White / unsplash.com; S.36: Kozan / thenounproject.com; S.39: Alice Design / thenounproject.com; S.41: Tim Rüßmann / unsplash.com; S.42: OCHA Visual / thenounproject.com; S.45: AshtonBingham / unsplash.com; S.47: Adrien Coquet / thenounproject.com; S.49: Pexels / pixabay.com; S.50: Jose Francisco / unsplash.com; S.52: Adrien Coquet / thenounproject.com; S.55: Anthony Delanoix / unsplash.com; S.57: Evan Wise / unsplash.com; S.60: Adrien Coquet / thenounproject.com; S.62: FeeLoona / pixabay.com; S.65: Hakan Yalcin / thenounproject.com; S.69: Alice Design / thenounproject.com; S.71: andreas160578 / pixabay.com; S.72: Steven Shaffer / unsplash.com; S.75: Melissa Askew / unsplash.com; S.76: Ángel Santos Freyta / thenounproject.com; S.78+79: MichaelGaida / pixabay.com; S.81: Adrien Coquet / thenounproject.com; S.84: Imam / thenounproject.com; S.85: Michael Sondermann / Bundesstadt Bonn; S.86: Berkah Icon / thenounproject.com; S.88: Giacomo Zucca / Bundesstadt Bonn; S.91: Vectors Point / thenounproject.com; S.93: annawaldi / pixabay.com; S.94: Intuitivmedia / pixabay.com; S.97: Peggy_Marco / pixabay.com; S.98: startae team / unsplash.com; S.100: Alice Design / thenounproject.com;

FDP Bonn

Markt 7

53111 Bonn

Tel: 0228 - 210519

E: info@fdp-bonn.de

V.i.S.d.P.:

Franziska Müller-Rech

c/o FDP Bonn

Markt 7

53111 Bonn

